

SPRACHE: EIN MENSCHENRECHT

Wie Indigene ihre
bedrohten Sprachen verteidigen



Für Menschenrechte. Weltweit.

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentanten in Arbil, Bern, Bozen, Göttingen/Berlin, London, Luxemburg, New York, Sarajevo/Srebrenica.

Autorinnen: Caroline Schäfer, Josephine Gercke,
Sophia Lüneburg, Yvonne Bangert und
Regina Sonk

Redaktion: Linda Fiene, Jonas Bermaoui, Judith Bergkemper
und Yvonne Bangert

Layout: Judith Bergkemper, Linda Fiene, Regina Sonk
und Tanja Wieczorek

Titelcollage: Caroline Siems

Titelbilder: Oben von links nach rechts:
Nema Grefa Ushigua (Zápara Nation)
Eunice Chepkemai (Ogiek)
Tom Porter (Mohawk Nation)
Unten von links nach rechts:
Alina Namunkura Rodenkirchen (Mapuche)
Benki Piyāko (Ashaninka)
Tahir Mutāllip Qahiri (Uigure)

alle Fotos: GfbV-Archiv

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker
im August 2019

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	i
Forderungen	iii
Teil I: Einleitung	1
1. Warum sind indigene Sprachen schützenswert?	1
2. Die völkerrechtliche Ebene: Das Recht auf Sprache ist in zahlreichen Abkommen verankert	3
3. Zwischen Ideal und Realität: Indigene fordern Umsetzung ihrer Rechte	10
TEIL II: Sprachenschutz in Länderbeispielen	13
1. Regierungen verhindern Sprachenschutz	13
Assimilierungspolitik im 20. Jahrhundert am Beispiel China	13
Unterdrückung indigener Organisationen in Russland	15
Fehlende staatliche Anerkennung in Indien	17
2. Umsetzungsdefizit – Gesetze bleiben wirkungslos	18
Mapuzugun, die Sprache der Mapuche in Chile.....	18
Die Situation der indigenen Sprachen in Indonesien	20
Tamazight die Sprache der Amazigh in Marokko.....	21
Indigene Sprachen in Bolivien	22
3. Sprachenrechte selbst in demokratischen Gesellschaften nicht gewährleistet	23
Kanada implementiert fortschrittliche und dennoch unzureichende Gesetze	23
Australiens positive Tendenzen der letzten Jahre	25
Finnland, Norwegen, Schweden – Skandinavien und die Sami	26
Neuseeland – auch dem Positivbeispiel der Maori fehlt Anerkennung	27
Teil III: Indigene Projekte zum Erhalt ihrer Sprache	29
Fortbildung in „Fremdsprachendidaktik“ zur Revitalisierung der bedrohten indigenen Sprache der Mapuche Mapuzugun	29
Indigene Sprachen und das Internet – Global Voices, Rising Voices und Activismo Lenguas	30
Cape York in Queensland/Australien: Das Pama Language Center	31
Fazit	33

Abkürzungsverzeichnis

ACM	Amazigh Cultural Movement (Kulturelle Bewegung des Amazigh)
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AMAN	Aliansi Masyarakat Adat Nusantara (Asiatisches muslimisches Aktionsnetzwerk)
CONADI	Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (Nationale Gesellschaft für Indigene Entwicklung)
EMRIP	Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples (Expertenmechanismus zu den Rechten indigener Völker der Vereinten Nationen)
FNAA	La Fédération Nationale des Associations Amazighes (Nationaler Verband aller Amazigh-Vereine)
IADRIIP	Amerikanische Deklaration über die Rechte indigener Völker der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS)
ICCPR	International Covenant on Civil and Political Rights (Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte)
ICESCR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte)
ICRAM	Institut Royal de la Culture Amazighe (Königliches Institut für Amazigh Kultur)
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
ILO Konvention 169	Konvention Nummer 169 der International Labour Organization
OAS	Organization of American States (Organisation Amerikanischer Staaten)
PLC	Pama Language Center (Sprachenzentrum in Pama)
RAIPON	Russian Association of the Indigenous Peoples of the North (Assoziation der indigenen kleinen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNDRIP	United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur)
UNPFII	United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues (Ständiges Forum der Vereinten Nationen für indigene Angelegenheiten)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte

Zusammenfassung

Von den **weltweit 7.000 Sprachen** ist ein Großteil akut bedroht. 4.000 Sprachen werden von den **370 Millionen Indigenen** der Erde gesprochen. Die Mehrheit der indigenen Sprachen wird mündlich überliefert und ist damit besonders gefährdet, auszusterben. Sprachwissenschaftler gehen davon aus, dass bis zum **Ende des 21. Jahrhunderts nur noch 3.000 Sprachen** existieren werden.

Eine Sprache ist Anker für kollektive und kulturelle Identität und **tradiert Wissenssysteme** ganzer Kulturen. Gehen Sprachen verloren, verliert die Menschheit einen Großteil jahrhundertlang überlieferter Traditionen und Indigene verlieren ihre **kollektive Identität**.

Aufgrund der prekären Entwicklung und nach jahrelangem Drängen indigener Vertreter haben die Vereinten Nationen das Jahr **2019 zum Jahr der indigenen Sprachen** ernannt. Vielfalt, Schutz und der Revitalisierung von indigenen Sprachen soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Indigene kritisieren jedoch, dass ihre Meinungen dabei nicht einbezogen werden und die tatsächlich getroffenen Maßnahmen eher postkoloniale Praktiken reproduzieren, als indigene Sprecher aktiv zu unterstützen.

Dabei ist der Schutz von indigenen Sprachen **fester Bestandteil des Völkerrechts**. Neben allgemeinen Deklarationen und Konventionen verweisen besonders die **ILO-Konvention 169** und die **UN Deklaration zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP)** explizit auf indigene Kollektiv-, Bildungs- und Sprachenrechte. Sie fordern Staaten auf, geeignete Maßnahmen zum Schutz und Gebrauch indigener Sprachen und Bildung umzusetzen.

Jedoch ist die **Kluft zwischen Völkerrecht und Alltagsrealität riesig**: Indigene Sprachen sind im öffentlichen Leben kaum präsent, gesellschaftlich marginalisiert und werden ausschließlich im Privaten gesprochen. Indigene sind mit Beginn ihrer Schullaufbahn gegenüber nicht-indigenen Kindern benachteiligt. Schulbildung, die indigene Sprache nicht gleichberechtigt lehrt, **reproduziert und verfestigt gesellschaftliche Ungleichheiten**. Sprachbarrieren führen zu mangelhaftem Zugang zu Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren und erschweren politische Partizipation. Chancen auf dem Arbeitsmarkt und in der höheren Bildung sind nur durch Wissensvermittlung in der Mehrheitssprache möglich. Eltern erziehen deshalb ihre Kinder für bessere Bildungs- und Arbeitschancen in der Mehrheitssprache, sodass es oftmals die Großelterngeneration braucht, um indigene Sprachen weiterzugeben.

Tiefverankerter Alltagsrassismus, der auf kolonialen Strukturen aufbaut, ist das zentrale Grundproblem. Das Verschwinden indigener Sprachen ist **nur ein Indikator unter vielen**, der die Marginalisierung indigener Völker aufzeigt. Keines der in diesem Report untersuchten Länder konnte sein koloniales Erbe aufarbeiten und indigene Völker als gleichberechtigt anerkennen. Der Nationalstaat im 21. Jahrhundert scheint den Herausforderungen seiner pluri-nationalen und multikulturellen Realität ideenlos zu begegnen.

Inwieweit indigene Rechte einschließlich der Sprachenrechte durchgesetzt und gelebt werden, hängt von dem **Grad der Offenheit demokratischer oder teilweise demokratischer Staaten** ab. Gibt es in (teil-) demokratischen Staaten noch Möglichkeiten zur Mitbestimmung, sind **indigene Rechte in diktatorisch geführten Staaten kaum existent**.

So ist **China** ein aktuelles Beispiel von **Assimilierungspolitik**, in der Uiguren und andere Minderheiten mit Verfolgung rechnen müssen, wenn sie ihre kulturelle Identität leben. In **Russland** werden **indigene Bewegungen kriminalisiert oder neutralisiert**. Auch eine Nicht-Anerkennung von indigenen Völkern wie im Falle **Indiens** bedeutet de facto eine **Unterdrückung indigener Rechte**.

Es lassen sich **keine** sogenannten **Best-Practice Beispiele** finden, in denen mindestens eine indigene Sprache gleichberechtigt und bilingual Teil des öffentlichen Lebens, der Politik und Verwaltung sowie Schul- und höherer Bildung ist. Indigene Sprecher sind gesellschaftlich benachteiligt, müssen Sprachkenntnisse aufholen oder mit vielen Formen direkter sowie struktureller Diskriminierung umgehen. **Staaten wie Chile, Bolivien, Indonesien, Marokko ebenso wie Australien und Kanada** vermögen es nicht, das Erlernen indigener Sprachen verpflichtend einzuführen. Eine andere Sprache als die Muttersprache zu erlernen, ist ein Mehraufwand, den Indigene immer leisten müssen.

Hervorzuheben als **Good-Practice Beispiele** sind **Schweden, Norwegen und Finnland sowie Neuseeland**. Indigene Sami und Maori haben trotz deutlicher Mängel bessere Grundvoraussetzungen dafür, mit ihren Sprachen in der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Programme werden dort staatlich finanziert, indigene Sprachen werden auch an Hochschulen gelehrt und haben Lehrstühle. Dennoch gibt es auch hier Alltagsrassismus, sodass die **Anzahl der Sprecher kontinuierlich abnimmt**. Eine indigene Sprache ist auch hier weniger wert als die Mehrheitssprache. Gerade junge Indigene müssen überlegen, wie sie die Bewahrung ihrer indigenen Identität in eigene Chancen integrieren.

Für die Revitalisierung von Sprachen fehlen heute ganze Mittlergenerationen, die aufgrund von gesellschaftlichem Druck und Diskriminierung, aber auch Internatssystemen und Assimilierungspolitik ihre Sprache bereits verloren haben. **Indigene Sprachen, die heute wirksam gerettet werden, verdanken dies dem Engagement von indigenen Initiativen**, wie die vorgestellten Beispiele aus Teil III dokumentieren. Sie versuchen, mit den unterschiedlichsten, kreativen Methoden ihre Sprache an die nächste Generation weiterzugeben. Bislang fehlt jedoch ausreichend finanzielle Unterstützung nationaler sowie supranationaler Institutionen, um dem Sterben von Sprachen entgegenzuwirken.

Forderungen

Die Vereinten Nationen müssen

Alltagsrassismus in postkolonialen Gesellschaften entgegenwirken und offenlegen sowie Staaten zur Einhaltung der UN-Deklarationen, Verträge und deren Umsetzung drängen;

in Anlehnung an das UN-Jahr der indigenen Sprachen eine UN-Dekade für indigene Sprachen einrichten - unter Einbezug und Führung indigener Vertreter, wie dies bereits von indigener Seite, etwa von Grand Chief Willie Little Child, gefordert wird;

Maßnahmen entwickeln, in denen Revitalisierung und Aufwertung von Sprachen vor Dokumentation und Forschung gestellt sind;

indigene Initiativen und Bildungsprogramme zum Schutz ihrer Sprachen konkret und vor Ort unterstützen und Projekte fördern, die auf gemeindenahe Immersionsprogramme abzielen, wie zum Beispiel den von Indigenen geführten *Global Indigenous Language Fund*;

ein aktives System für den Schutz von Sprachen einführen, dass die am stärksten gefährdeten Sprachen priorisiert, um so viele wie möglich zu bewahren, einschließlich einer Einrichtung für indigene Sprachen innerhalb der UNESCO;

schwerste Menschenrechtsverletzungen und Assimilierungspolitik an Indigenen insbesondere in China verurteilen und möglichst unterbinden.

Staaten, in denen Indigene leben, müssen

die im Völkerrecht verankerten Selbstverpflichtungen zum Schutz von indigenen Sprachen umsetzen und implementieren - unter gleichberechtigtem Miteinbezug indigener Völker;

flächendeckende bilinguale Schulbildung in mindestens einer indigenen Sprache verpflichtend für alle Schüler sowie Integration von traditionellem Wissen in Hochschulbildung einführen;

von Indigenen geführte Programme zur Bewahrung ihrer Sprache finanziell unterstützen sowie geeignete Maßnahmen zur Revitalisierung von Sprachen einführen;

für Indigene einen gleichberechtigten Zugang zu öffentlichen Ämtern, Politik und Verwaltung in der eigenen Sprache schaffen;

gesellschaftlich tief verankerten Rassismus aufarbeiten und entgegenwirken.

Die deutsche Bundesregierung muss

die ILO-Konvention 169 ratifizieren, um die indigenen Sprachenrechte zu unterstützen, so wie es im aktuellen Koalitionsvertrag von 2018 festgehalten ist.

Teil I: Einleitung

„Sprachen sind ein Teil der fundamentalen Menschenrechte. Ohne Sprache können wir nicht menschlich sein, da Sprache ein Teil des menschlichen Denkens ist und die Art, wie wir denken, die Welt sehen und Ideen kreieren, ausmacht. (...) Durch den Dialog mit anderen Menschen ist es uns möglich, Wissen auszutauschen, uns kennen zu lernen und die Welt um uns herum zu genießen. Ohne Sprache wären diese Dinge für indigene Menschen unmöglich.“

Elisa Loncon Antileo (Mapuche aus Chile)

1. Warum sind indigene Sprachen schützenswert?

Weltweit existieren zurzeit etwa 7.000 Sprachen. 4.000 Sprachen sind indigene Sprachen und zählen zu den am meisten bedrohten Sprachen. Die 370 Millionen Indigenen dieser Erde, also zwei Prozent der Weltbevölkerung, sprechen mehr als die Hälfte aller existierenden Sprachen. Zum Vergleich: Die acht meistgesprochenen Sprachen werden von zusammen drei Milliarden Menschen, damit 40 Prozent der Weltbevölkerung, gesprochen. Indigene Sprachen sind also ausschlaggebend, wenn es um den Erhalt sprachlicher Vielfalt geht.

Sprachwissenschaftler schätzen, dass bis Ende des 21. Jahrhunderts voraussichtlich weniger als die Hälfte aller existierenden Sprachen überlebt haben werden. Derzeit stirbt durchschnittlich alle zwei Wochen eine Sprache. Denn die Mehrheit aller Sprachen wird mündlich überliefert und nur noch von sehr wenigen Menschen beherrscht. Die internationale Staatengemeinschaft tut bislang zu wenig, um diese Entwicklung zu stoppen. Indigene Völker weltweit kämpfen seit Jahrzehnten um den Erhalt ihrer Sprachen.¹

Indigene Sprachen sind aus verschiedenen Gründen gefährdet: Oftmals werden sie von Regierungen nicht anerkannt und gefördert. Staatliche Behörden und Gerichte funktionieren oft ausschließlich in der Mehrheitssprache. Indigene müssen sich also einem fremden Rechtssystem unterordnen, zu dem sie sprachlich schwer Zugang finden. Die indigenen Sprachen drohen dadurch verdrängt zu werden. Diskriminierung und staatliche Assimilationspolitik führen dazu, dass Sprachen nicht an nachkommende Generationen weitergegeben werden.² Deshalb fordern Indigene Gleichberechtigung und die offizielle Anerkennung ihrer Sprachen, um durch Alltagsnutzung dem Aussterben der Sprache aktiv entgegenzuwirken, Alltagsrassismus zu begegnen und abzubauen.

Aufgrund dieser prekären Entwicklung und dem Drängen indigener Bewegungen haben die Vereinten Nationen 2019 zum Internationalen Jahr der indigenen Sprachen

¹ STROCHLICH, N. (2018): *The Race to Save the World's Disappearing Languages*. Online unter: <https://news.nationalgeographic.com/2018/04/saving-dying-disappearing-languages-wikitongues-culture/> [Zugriff am 22.07.2019]

² UNITED NATIONS, ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL (2018): *Action plan for organizing the 2019 International Year of Indigenous Languages. Note by the Secretariat*. Online unter: <https://digitallibrary.un.org/record/1477512> [Zugriff am 22.07.2019]

erklärt. Im Fokus steht die Vielfalt und Bedeutung ebenso wie die Bedrohung dieser Sprachen.³

Jede Sprache vermittelt eine Weltsicht und ist Trägerin der Werte, Kultur, Geschichte und der kollektiven Identität ihrer Sprecher. Da viele indigene Sprachen nicht verschriftlicht sind, ist die mündlich überlieferte Sprache oft der einzige Anker für über die Jahrhunderte erworbenes Wissen. Die Sprecher von Minderheitensprachen verlieren daher mit ihrer Sprache das wichtigste Abbild ihrer Kultur und die Verbindung zu ihrer eigenen Herkunft. Die Identität der einzelnen Sprecher sowie der Gemeinschaft als Ganzes geht verloren. Nicht

selten ist ein kollektives Trauma, welches sich durch viele Generationen zieht, die Folge.⁴⁵

Umso wichtiger ist die rechtliche Stärkung von Sprachen- und Bildungsrechten indigener Völker in der jeweiligen nationalen Gesetzgebung. Indigene Repräsentanten sind seit Beginn der 1980er Jahre in den Vereinten Nationen aktiv, um ihre Rechte auf internationaler Ebene durchzusetzen. Jedoch fehlt auch nach zahlreichen Abkommen und Selbstverpflichtungen häufig der politische Wille von Nationalstaaten, den legitimen und legalen Ansprüchen Indigener nachzukommen.

³ INTERNATIONAL YEAR OF INDIGENOUS LANGUAGES (2019): <https://en.iyl2019.org/about/> [Zugriff am 22.07.2019]

⁴ GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (2011): *Bedrohte Sprachen. Gefahr für Minderheiten weltweit*. Online unter: <https://www.gfbv.de/fileadmin/redak->

tion/Reporte_Memoranden/2010/MR-Report_Nr.63.-BedrohteSprachen.pdf [Zugriff am 06.06.2019]

⁵ LONCON ANTILEO, E. (2016): *Indigenous languages: preservation and revitalization*. Online unter: <https://www.mapuche.nl/english/elisa-loncon160119.html> [Zugriff am 22.07.2019]

2. Die völkerrechtliche Ebene: Das Recht auf Sprache ist in zahlreichen Abkommen verankert

Das Recht auf die eigene Sprache stellt einen grundlegenden Bestandteil des Rechts auf indigene Identität und Selbstbestimmung dar. Dabei ist die Bedeutung und Fragilität von Sprachen und dem Wissen, das sie transportieren, unumstritten. Das Recht auf Sprache und somit das Recht auf Bildung in der eigenen Sprache bedeutet gesellschaftliche Gleichberechtigung und Chancengleichheit in Staaten mit kolonialer Vergangenheit. In allen internationalen Verträgen lässt sich das Recht auf Bildung finden. Das Recht indigener Völker auf die eigene Sprache und Bildung ist explizit in der Konvention 169 der Internationalen Organisation für Arbeit (ILO-Konvention 169) und in der UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) festgeschrieben. Die von den UN formulierten Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) sowie zahlreiche Abschlussdokumente und Resolutionen betonen, wie wichtig Bildung für den Erfolg oder Misserfolg jedes einzelnen Menschen ist. Absichtserklärungen von Staaten gegenüber indigenen Völkern existieren in endloser Ausfertigung. Dennoch bleibt die Bedrohung für indigene Sprachen und Wissenssysteme bestehen und die notwendige Durchsetzung indigener Sprachenrechte mangelhaft.

Welche Bedeutung haben Absichtserklärungen?

Internationale Abkommen und Deklarationen sind sogenanntes Soft Law, d.h. nicht bindend. Soft Law kann jedoch durch häufige Anwendung zu Gewohnheitsrecht und schließlich zu Hard Law, also geltendem Recht werden, über das sich Regierungen und Gerichte nicht mehr hinwegsetzen

können, wollen sie sich als liberal-demokratische Staaten verstehen. Es braucht jedoch in der Regel 30 Jahre, bis Soft Law zu Hard Law wird. Dennoch bilden die ILO-Konvention 169, die UNDRIP und ebenso die Deklaration zu den Rechten indigener Völker der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wichtige rechtliche Bezugsrahmen, auf die sich Indigene mit ihren jeweiligen Nationalstaaten geeinigt haben. Besonders hervorzuheben ist die historische Entstehungsgeschichte der UNDRIP. Indigene Vertreter aus aller Welt haben in einem 25-jährigen Prozess Standards festgelegt, die von fast allen Staaten der Vereinten Nationen angenommen wurden. Elf Staaten enthielten sich. Konventionen wie die ILO-Konvention 169 und gewisse Übereinkommen sind geltendes Recht. Sobald eine gewisse Anzahl von Ratifizierungen erreicht ist, treten sie in Kraft. Sie sind rechtlich bindend, nur die Durchsetzung ist mangels Sanktionsmechanismen schwierig.

Was beinhaltet das Recht auf Sprache?

Eine indigene Sprache zu schützen, verlangt umfassende Maßnahmen von flächendeckender Bildung, Maßnahmen der Revitalisierung bis hin zu gesellschaftlicher Aufwertung. Indigene Sprachen finden sich somit in den unterschiedlichsten Bereichen durch die Rechte auf Bildung, Partizipation und Kultur wieder: Bilinguale Schulbildung in indigener Sprache unter Einbezug von traditionellem Wissen; Schutz vor Diskriminierung aufgrund der eigenen Kultur und Sprache; Schutz von indigenen Sprachen durch den Staat und öffentliche Repräsentation indigener Sprachen; die Möglichkeit der Weitergabe der Sprache an nachfolgende Generationen, Dolmetscher für indigene Sprachen

bei Gerichtsverfahren und Behörden oder Übersetzungen öffentlicher Verwaltungsprozesse. Das Recht auf Sprache funktioniert nur in der Kombination aller Rechte miteinander. Die Grundprinzipien der Menschenrechte bedingen sich gegenseitig und sind damit unteilbar. Das Recht auf institutionelle bilinguale Bildung wird in gleicher Form benötigt wie der rechtliche Schutz vor der Diskriminierung ihrer Sprecher. Die Vielzahl unterschiedlichster Artikel im Völkerrecht spiegelt die koloniale Herausforderung wieder, in plurinationalen⁶ Staaten gesamtgesellschaftliche Gleichberechtigung zu erreichen.

Grundlagen: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR), wirtschaftliche, soziale, kulturelle (WSK) Rechte, Kinderrechte, Bildungsrechte

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Die Grundlage aller Menschenrechte im internationalen Kontext bildet die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR) aus dem Jahr 1948. Auf ihr basieren seit über 70 Jahren sämtliche Abkommen und Konventionen. In einem stetigen, noch immer andauernden Prozess hat die UN zusammen mit ihren Mitgliedsstaaten einen breiten Korpus an Richtlinien und Zielen aufgestellt, in dem auch indigene Sprachen immer wieder eingeschlossen sind. Wichtige Artikel, die zur Grundlage für weitere Abkommen wurden, sind Artikel 1 zu Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Artikel 2 zum Verbot der Diskriminierung sowie Artikel 26 zum Recht auf Bildung und Artikel 27 zur Freiheit des Kulturlebens.⁷

Im Recht auf Bildung verpflichten sich Staaten gegenüber Schülern, einen obligatorischen und unentgeltlichen Grundschulunterricht einzurichten. Höhere Schulen sollen allgemein zugänglich sein und allen gemäß ihren Fähigkeiten und Leistungen gleichermaßen offenstehen. Staaten müssen genügend Geld in die Ausbildung und den Erhalt von Schulen investieren. Die Erklärung hält auch fest, dass in erster Linie die Eltern und nicht der Staat das Recht haben, die Art der Ausbildung ihrer Kinder zu bestimmen. Artikel 27 verankert das Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben. Dazu zählt ebenfalls das Recht, seine eigene Kultur zu leben und dafür die Grundlagen zu erhalten.⁸

Sozial- und Zivilpakt

Der *Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte* (ICESCR), auch Sozialpakt genannt, wurde gemeinsam mit dem sogenannten Zivilpakt 1966 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet und trat 1976 in Kraft. Inhalte des Sozialpakts sind u.a. das Recht auf Selbstbestimmung und auf soziale und kulturelle Entwicklung. Außerdem behandelt er Rechte bezüglich Arbeit, Bildung, Familie und Gesundheit. Der Zivilpakt bzw. *Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte* (ICCPR) garantiert grundlegende Menschenrechte, wie das Recht auf Leben, das Verbot der Folter und der Sklaverei, persönliche Freiheit, Religionsfreiheit und Gleichberechtigung, sowie den Schutz von Minderheiten.

Für indigene Sprachenrechte lässt sich bereits hier folgendes ableiten: Kinder, die mit einer indigenen Sprache als erster Sprache aufwachsen, brauchen ein angemessenes bilinguales Bildungssystem, das

⁶ Plurinational bedeutet, dass innerhalb eines Staates verschiedene, meist indigene, Völker leben.

⁷ VEREINTE NATIONEN (1948): *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte*. Online unter: <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf> [Zugriff am 22.07.2019]

⁸ INFORMATIONSPLATTFORM HUMANRIGHTS.CH (2019): *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948*. Online unter: <https://www.humanrights.ch/de/internationale-menschenrechte/aemr/text/> [Zugriff am 22.07.2019]

sie nicht von vornherein gegenüber nicht-indigenen Kindern benachteiligt. Ohne adäquate Schulbildung sind indigene Sprecher vom kulturellen Leben ausgeschlossen.

Wichtige Weiterentwicklung von Bildungsrechten: Kinderrechtskonvention und Dakar Framework

Kinderrechtskonvention

Die Konvention über die Rechte des Kindes wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) verabschiedet. Alle Mitgliedsstaaten der UN mit Ausnahme der USA haben sie ratifiziert. Somit ist die Kinderrechtskonvention die am meisten ratifizierte UN-Konvention überhaupt. Das gilt auch für ihre drei Zusatzprotokolle. Staaten verpflichten sich mit der Ratifizierung zu Achtung, Schutz und Gewährleistung von Kinderrechten. Kinder sind laut der Konvention alle Menschen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

The Dakar Framework for Action

Mit dem Ziel, Bildung für alle zu schaffen, wurde auf dem *World Education Forum* der UN im Jahr 2000 das sogenannte *Dakar Framework for Action* beschlossen. Insgesamt einigten sich 164 Staaten auf sechs gemeinsame Ziele, u.a. flächendeckend kostenlose und verpflichtende Grundschulbildung bis 2015 einzurichten. Laut dem UNESCO-Weltbildungsbericht von 2015 erreichte jedoch nur ein Drittel aller Staaten diese Bildungsziele.⁹

Grundlegende indigene Rechte: ILO-Konvention 169, UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) und Amerikanische Erklärung zu den Rechten indigener Völker (OAS)

Vor über 30 Jahren begannen die Bemühungen, indigene Rechte konkret zu benennen, sie zu spezifizieren und die allgemeinen Menschenrechte an die besonderen Umstände für indigene Völker anzupassen. Hierzu entstand 1989 die Konvention 169 der Internationalen Organisation für Arbeit, kurz ILO-Konvention 169. Mit der UN-Deklaration zu den Rechten indigener Völker (UNDRIP) wurde 2007 auch eine UN-Deklaration speziell für indigene Völker, basierend auf vorherigen Menschenrechtsverträgen und Konventionen, verabschiedet. Indigene Sprache erfährt in diesem rechtlichen Rahmen endlich sowohl den Schutz als auch die Anerkennung ihres großen Wertes für die indigene Gemeinschaft weltweit, der lange nicht als solcher gewürdigt wurde.

ILO-Konvention 169

Das Übereinkommen über eingeborene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern (ILO-Konvention 169) ist das erste und einzige rechtlich bindende Abkommen über die Rechte indigener Völker. Es wurde am 27. Juni 1989 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verabschiedet und bis heute lediglich von 23 Staaten unterzeichnet. Das Übereinkommen bietet eine bessere Kontrolle bei der Umsetzung indigener Rechte, lässt aber auch mehr Freiraum bei der Gestaltung der Maßnahmen durch die Staaten. Trotz der freien Gestaltungsmöglichkeiten und der geringen Anzahl der Unterzeichnerstaaten

⁹ DEUTSCHE UNESCO-KOMMISSION (2019): *UNESCO-Weltbildungsbericht*. Online unter: <https://www.unesco.de/bildung/bildungsagenda-2030/unesco-weltbildungsbericht> [Zugriff am 22.07.2019]

bleibt es eines der wichtigsten Instrumente zur Durchsetzung der Rechte indigener Völker.

Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP)

Die *Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker* (UNDRIP) wurde am 13. September 2007 nach 25 Jahren Debatte verabschiedet. Es gab 143 Fürstimmen, vier Gegenstimmen und elf Enthaltungen. Gegen die Erklärung stimmten Australien, Kanada, Neuseeland und die USA. Alle vier Staaten traten jedoch später der Erklärung bei. Die Zusammenarbeit mit indigenen Völkern bei der Ausarbeitung verleiht der Erklärung besondere Legitimität. Die UNDRIP ist jedoch nicht rechtlich bindend. Die Staaten sind lediglich dazu aufgefordert, die in der Erklärung erläuterten Rechte zu gewährleisten und einzuhalten. Es werden individuelle, kollektive, kulturelle und Identitätsrechte abgedeckt, inklusive der Bereiche Bildung, Gesundheit, Arbeit und Sprache. Besonders geachtet wird auf selbstbestimmte Entwicklung der Indigenen im Einklang mit ihren eigenen Bedürfnissen und Zielen.

Amerikanische Deklaration über die Rechte indigener Völker der Organisation Amerikanischer Staaten (IADRIP)

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), in der überregional 35 Staaten der Amerikas vertreten sind, hat am 15. Juni 2016 die *Amerikanische Deklaration über die Rechte indigener Völker* beschlossen. Darin werden über die direkten Bezüge zu den Sprachenrechten auch kulturelle Rechte und das Recht auf Religion, Familie und Gesundheit behandelt. Die Deklaration gilt, zusammen mit der UNDRIP und der ILO-Konvention 169, als wichtigstes Instrument im Kampf für indigene Rechte in Nord-, Mittel- und Südamerika. Trotzdem wird kritisiert, dass die IADRIP die Standards der UN-Deklaration über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP) herabsetzt. So werden Staaten als vorrangige Träger von Souveränität bestimmt, was dem Selbstbestimmungsrecht indigener Völker widerspricht.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR)	
Art. 1	Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren .
Art. 2	Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse , Hautfarbe, Geschlecht, Sprache , Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand.
Art. 26	1. Jeder hat das Recht auf Bildung 2. Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen beitragen und der Tätigkeit der Vereinten Nationen für die Wahrung des Friedens förderlich sein. 3. Die Eltern haben ein vorrangiges Recht, die Art der Bildung zu wählen, die ihren Kindern zuteilwerden soll.
Art. 27	1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen

Sozialpakt	
Art. 13	1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass die Bildung auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. 2. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, für ihre Kinder andere als öffentliche Schulen zu wählen, die den vom Staat gegebenenfalls festgesetzten oder gebilligten bildungspolitischen Mindestnormen entsprechen, sowie die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.
Art. 15	1. Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden an, [...] am kulturellen Leben teilzunehmen .
Zivilpakt	
Art. 18	Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Freiheit der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds oder Pflegers zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen.

Kinderrechtskonvention	
Art. 29	Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss [...] dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten , den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt, und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln;
Art. 30	In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden , in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen , sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden .

ILO-Konvention 169

Vorwort	Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,[...] anerkennt die Bestrebungen dieser Völker, im Rahmen der Staaten, in denen sie leben, Kontrolle über ihre Einrichtungen, ihre Lebensweise und ihre wirtschaftliche Entwicklung auszuüben und ihre Identität, Sprache und Religion zu bewahren und zu entwickeln.
Art.5	Bei der Durchführung der Bestimmungen dieses Übereinkommens [...] sind die sozialen, kulturellen, religiösen und geistigen Werte und Gepflogenheiten dieser Völker anzuerkennen und zu schützen.
Art.7	Die betreffenden Völker müssen das Recht haben, [...] soweit wie möglich Kontrolle über ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung auszuüben.
Art. 22	2. Soweit die bestehenden allgemeinen Berufsbildungsprogramme den besonderen Bedürfnissen der betreffenden Völker nicht gerecht werden, haben die Regierungen mit Beteiligung dieser Völker für die Bereitstellung besonderer Ausbildungsprogramme und -möglichkeiten zu sorgen. 3. Grundlage der besonderen Ausbildungsprogramme müssen das wirtschaftliche Umfeld, die sozialen und kulturellen Verhältnisse und die tatsächlichen Bedürfnisse der betreffenden Völker sein.
Art.26	Es sind Maßnahmen zu treffen, um sicherzustellen, dass den Angehörigen der betreffenden Völker mindestens die gleichen Bildungsmöglichkeiten aller Stufen zur Verfügung stehen wie der übrigen Bevölkerung des Landes.
Art.27	Darüber hinaus haben die Regierungen das Recht dieser Völker anzuerkennen, ihre eigenen Bildungseinrichtungen und -möglichkeiten zu schaffen, vorausgesetzt, dass diese Einrichtungen die von der zuständigen Stelle in Beratung mit diesen Völkern festgelegten Mindestnormen erfüllen. Zu diesem Zweck sind angemessene Mittel bereitzustellen.
Art.28	1. Der Unterricht im Lesen und Schreiben für Kinder der betreffenden Völker hat, falls durchführbar, in deren Eingeborenensprache oder in der von der Bevölkerungsgruppe, der sie angehören, am meisten verwendeten Sprache zu erfolgen. 3. Es sind Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung und den Gebrauch der Eingeborenensprachen der betreffenden Völker zu schützen und zu fördern.
Art.30	2. Erforderlichenfalls hat dies durch schriftliche Übersetzungen und Massenkommunikationsmittel in den Sprachen dieser Völker zu geschehen.

Unterzeichnerstaaten (chronologisch)

Norwegen (1990)	Ecuador (1998)
Mexiko (1990)	Argentinien (2000)
Kolumbien (1991)	Venezuela (2002)
Bolivien (1991)	Dominica (2002)
Costa Rica (1993)	Brasilien (2002)
Paraguay (1993)	Spanien (2007)
Peru (1994)	Nepal (2007)
Honduras (1995)	Chile (2008)
Dänemark (1996)	Nicaragua (2010)
Guatemala (1996)	Zentralafrikanische Republik
Niederlande (1998)	(2010)
Fidschi (1998)	Luxemburg (2018)

UN Declaration on the Rights of Indigenous Peoples (UNDRIP)

Art. 5	Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen zu bewahren und zu stärken .
Art. 11	Dazu gehört das Recht, die vergangenen, gegenwärtigen und künftigen Erscheinungsformen ihrer Kultur wie beispielsweise [...] Literatur, zu bewahren, zu schützen und weiterzuentwickeln .
Art. 13	1. Indigene Völker haben das Recht, ihre Geschichte, ihre Sprache, ihre mündlichen Überlieferungen, ihre Denkweisen, ihre Schriftsysteme und ihre Literatur wiederzubeleben, zu nutzen, zu entwickeln und an künftige Generationen weiterzugeben sowie ihren Gemeinschaften, Orten und Personen eigene Namen zu geben und diese zu behalten. 2. Die Staaten ergreifen wirksame Maßnahmen, um den Schutz dieses Rechts zu gewährleisten und sicherzustellen, dass indigene Völker politische, Rechts- und Verwaltungsverfahren verstehen und dabei verstanden werden, nötigenfalls durch die Bereitstellung von Dolmetsch-Diensten oder sonstige geeignete Mittel.
Art. 14	1. Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen Bildungssysteme und -institutionen einzurichten und zu kontrollieren, in denen in ihrer eigenen Sprache und in einer ihren kulturspezifischen Lehr- und Lernmethoden entsprechenden Weise unterrichtet wird. 2. Die Staaten ergreifen gemeinsam mit den indigenen Völkern wirksame Maßnahmen, um sicherzustellen, dass indigene Menschen, insbesondere Kinder, einschließlich derjenigen, die außerhalb ihrer Gemeinschaften leben, nach Möglichkeit Zugang zu Bildung in ihrer eigenen Kultur und in ihrer eigenen Sprache haben.
Art. 16	Indigene Völker haben das Recht, eigene Medien in ihrer eigenen Sprache einzurichten und ohne Diskriminierung auf alle Formen nichtindigener Medien zuzugreifen.

OAS Deklaration zu indigenen Rechten

Art. VI	Indigene Völker haben ein kollektives Recht , das für ihre Existenz unabdingbar ist [...], ihre eigene Sprache zu nutzen.
Art. XIV	1. Indigene Völker haben das Recht, ihre eigenen Geschichten, Sprachen, mündlichen Überlieferungen, Philosophien, Wissenssysteme, Schriften und Literaturen zu bewahren, zu nutzen, weiterzuentwickeln, wiederzubeleben und an zukünftige Generationen weiterzugeben sowie ihre eigenen Namen und die ihrer Orte und Gemeinschaften zu bestimmen und zu behalten. 2. Die Staaten treffen angemessene und wirksame Maßnahmen, um die Ausübung dieses Rechts unter uneingeschränkter und wirksamer Beteiligung der indigenen Völker zu schützen. 3. Indigene Völker haben das Recht, ihre Kommunikationssysteme und -medien einschließlich ihrer eigenen Radio- und Fernsehprogramme zu fördern und weiterzuentwickeln. [...] Die Staaten ergreifen Maßnahmen zur Förderung der Ausstrahlung von Radio- und Fernsehprogrammen in indigenen Sprachen, insbesondere in Gebieten mit einer indigenen Bevölkerung.
Art. XV	3. Indigene Völker haben das Recht, ihre Bildungssysteme und Bildungseinrichtungen in ihren eigenen Sprachen so einzurichten und zu kontrollieren, dass sie ihren kulturellen Lehr- und Lernmethoden entsprechen. (4) Die Staaten treffen in Verbindung mit den indigenen Völkern wirksame Maßnahmen, um indigenen Personen, die außerhalb ihrer Gemeinschaften leben, insbesondere Kindern, den Zugang zu Bildung in ihrer eigenen Sprache und Kultur zu ermöglichen. 5. Die Staaten fördern harmonische interkulturelle Beziehungen, indem sie sicherstellen, dass die Lehrpläne der staatlichen Bildungssysteme den plurikulturellen und mehrsprachigen Charakter ihrer Gesellschaften widerspiegeln und die Achtung und Kenntnis der verschiedenen indigenen Kulturen fördern. Die Staaten fördern in Verbindung mit indigenen Völkern die interkulturelle Bildung, welche die Weltanschauung, Geschichten, Sprachen, Kenntnisse, Werte, Kulturen, Praktiken und Lebensweisen dieser Völker widerspiegelt.
Art. XVII	Indigene Familien (2) Bei der Bestimmung des Kindeswohls berücksichtigen Gerichte und andere einschlägige Einrichtungen das Recht jedes indigenen Kindes, gemeinsam mit Mitgliedern seines oder ihres Volkes seine oder ihre eigene Kultur zu genießen, sich zu seiner selbst zu bekennen und diese zu praktizieren bzw. ihre eigene Religion sowie seine oder ihre eigene Sprache zu verwenden.

3. Zwischen Ideal und Realität: Indigene fordern Umsetzung ihrer Rechte

Die Bedeutung indigener Sprachen wird durch die Forderungen der Indigenen selbst am eindrücklichsten. Forderungen von Indigenen werden begleitet von zahlreichen Studien sowie Stellungnahmen der UN-Mechanismen für indigene Völker und heben die Verbindung zwischen Sprache, kollektiver Identität und Bildungschancen hervor.

Zusammengefasst lassen sich durchaus positive Trends zur Sprachensituation feststellen. Zum 18. Treffen des Ständigen Forums für indigene Angelegenheiten (UN-PFII) der Vereinten Nationen vom 22. April bis 3. Mai 2019 in New York legte die australische Aboriginal-Aktivistin Henrietta Marrie ihre Einschätzung zur Situation indigener Sprachen vor. Hierzu nannte sie Kanada als positives Beispiel.¹⁰ Der Expertenmechanismus zu den Rechten indigener Völker (EMRIP) der Vereinten Nationen (bestehend aus fünf indigenen Experten) lobte in einem Bericht von 2017 das Beispiel Finnland für die gelungene Umsetzung der UNDRIP, insbesondere in Bezug auf Bildungspolitik.¹¹

Dennoch kritisieren indigene Organisationen sowie indigene UN-Gremien übereinstimmend die auffallende Diskrepanz zwischen Absichtserklärungen und tatsächlichen Alltagsbedingungen. Ursachen liegen v.a. in der fehlenden Umsetzung der UNDRIP oder ILO-Konvention 169.¹² Der EMRIP weist Staaten eindringlich darauf hin, indigene Rechte in praktischen Maßnahmen umzusetzen, fordert den aktiven Schutz von Sprachen sowie wirksame Antidiskriminierungsgesetze. Zur Revitalisierung indigener Sprachen brauche es Langzeitstrategien und rechtliche Rahmenbedingungen, die in Kooperation mit Indigenen entstehen müssten. Im Jahr 2017 äußert sich das UNPFII in seinem Abschlussbericht zum 10-jährigen Jubiläum der UNDRIP besorgt über das Missverhältnis der formalen Anerkennung indigener Rechte einschließlich der Sprachenrechte und ihrer (mangelnden) Umsetzung in der Praxis.¹³

Die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker und selbst philippinische Indigene, Victoria Tauli-Corpuz,

¹⁰ MARRIE, H. (2019): *Emerging trends in the generation, transmission and protection of Traditional Knowledge*. Online unter: <https://www.un.org/development/desa/indigenouspeoples/wp-content/uploads/sites/19/2019/04/TK-Emerging-trends-in-the-generation-transmission-and-protection-of-TK-final-paper.pdf> [Zugriff am 22.07.2019]

¹¹ UNITED NATIONS, EXPERT MECHANISM ON THE RIGHTS OF INDIGENOUS PEOPLES (2017): *Ten years of the implementation of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples: good practices and lessons learned — 2007-2017*. Online unter: <https://www.ohchr.org/Documents/Issues/IPeoples/EMRIP/Session10/A.HRC.EMRIP.2017.CRP.2.pdf> [Zugriff am 22.07.2019]

¹² UNITED NATIONS, GENERAL ASSEMBLY (2016): *Summary of responses to the questionnaire seeking the views of States and indigenous peoples on best practices regarding possible appropriate measures and implementation strategies in order to attain the goals of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. Report of the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples*. Online unter: <https://www.undocs.org/a/hrc/33/58> [Zugriff am 22.07.2019]

¹³ UNITED NATIONS, ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL (2017): *Permanent Forum on Indigenous Issues. Report on the Sixteenth Session (24 April-5 May 2017)*. Online unter <https://undocs.org/E/2017/43> [Zugriff am 22.07.2019]

betont in ihren Länderberichten den Zusammenhang von Sprachenbewahrung und der Sicherung allgemeiner Menschenrechte.¹⁴ Sie lobt Pilotprojekte zu bilingualen und Immersions-Programmen z.B. in Timor-Leste und Ecuador, kritisiert jedoch explizit die Partikularität dieser Programme und fehlende Finanzierungspläne.¹⁵¹⁶ Neben dem allgemein erschwerten Zugang zu Bildung für indigene Schüler aufgrund räumlicher und politischer Marginalisierung stellt sie fest, dass Bildung meist blind für die speziellen Bedürfnisse indigener Kinder ist.¹⁷ Mangelnder politischer Wille und fehlende Umsetzung der UNDRIP innerhalb der nationalen Gesetzgebung führen zu weitreichenden Ungleichheiten. Zusammenfassend stellt sie fest, dass Indigene enttäuscht über den langsamen Fortschritt der Umsetzung von Politiken sind und betont ihre wichtige Rolle für den nachhaltigen Schutz von Sprachen.¹⁸

Der mangelnde politische Wille seitens ihrer Regierungen zur Umsetzung der internationalen Vereinbarungen ist die zentrale

Kritik aller indigenen Stimmen. Diskriminierung, lückenhafte Gesetzgebung, Sprachbarrieren und fehlende Finanzierung für eigene Projekte prägen den Alltag vieler Indigener.¹⁹ Indigene klagen die Diskrepanz zwischen (Sprachen-)recht und Umsetzung an und werden nicht müde, Missstände bei den Vereinten Nationen anzuprangern und die Kanäle des EMRIP, des UNPFII und der UN-Sonderberichterstatterin zu nutzen. Sie betonen Alltagsrassismus, fehlende Chancengleichheit und heben den Wert indigener Sprachen und indigenen Wissens hervor.

Fehlender Zugang zu chancengleicher Bildung ist ein wiederkehrendes Thema und wird als Ursache für Diskriminierung und soziale Ungleichheiten benannt. Die Einrichtung staatlich geförderter bilingualer Schulsysteme gilt als Grundvoraussetzung, damit indigene Kinder nicht benachteiligt werden.²⁰ Die Integration von Sprachen im Alltag und dem öffentlichen Leben ist elementar, um das Überleben der

¹⁴ TAULI-CORPUZ, V. (2019b): *Statement of Ms Victoria Tauli-Corpuz. 18th Session of the United Nations Permanent Forum on Indigenous Issues*. Online unter: <http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/index.php/en/statements/289-unpfii2019> [Zugriff am 22.07.2019]

¹⁵ TAULI-CORPUZ, V. (2018b): *End of mission statement by the United Nations Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples, Victoria Tauli-Corpuz on her visit to Ecuador*. Online unter: <http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/index.php/en/statements/267-end-mission-ecuador> [Zugriff am 22.07.2019]

¹⁶ TAULI-CORPUZ, V. (2019a): *End of mission statement by the United Nations Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples, Victoria Tauli-Corpuz on her visit to Timor-Leste*. Online unter: <http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/index.php/en/statements/287-timor-leste-statement> [Zugriff am 22.07.2019]

¹⁷ UNITED NATIONS, HUMAN RIGHTS COUNCIL (2015): *2015 Report of the Special Rapporteur on the rights*

of indigenous peoples. Online unter: <https://undocs.org/A/HRC/30/41> [Zugriff am 22.07.2019]

¹⁸ TAULI-CORPUZ, V. (2018b): *End of mission statement by the United Nations Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples, Victoria Tauli-Corpuz on her visit to Ecuador*. Online unter: <http://unsr.vtaulicorpuz.org/site/index.php/en/statements/267-end-mission-ecuador> [Zugriff am 22.07.2019]

¹⁹ UNITED NATIONS, GENERAL ASSEMBLY (2016): *Summary of responses to the questionnaire seeking the views of States and indigenous peoples on best practices regarding possible appropriate measures and implementation strategies in order to attain the goals of the United Nations Declaration on the Rights of Indigenous Peoples. Report of the Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples*. Online unter: <https://www.undocs.org/a/hrc/33/58> [Zugriff am 22.07.2019]

²⁰ UNITED NATIONS, ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL (2018): *Action plan for organizing the 2019 International Year of Indigenous Languages. Note by the*

Sprachen zu sichern. Die Lehre von traditionellem Wissen muss zur allgemeinen Bildung dazugehören.²¹

Mit dem Internationalen Jahr der indigenen Sprachen wollen die Vereinten Nationen indigenen Sprachenrechten mehr Gewicht verleihen. Indigene kritisieren jedoch, dass Zielsetzung und Planung des Jahres ohne ihre Mitwirkung festgesetzt wurde. Der Fokus der Maßnahmen liege eher in der Dokumentation und Erforschung von Sprachen, denn in der Unterstützung indigener Projekte. Richard A. Grounds, indigener Aktivist der Yuji und Linguist aus Oklahoma, führt dies auf eurozentrische Strukturen innerhalb der Vereinten Nationen zurück. Die „endlose Dokumentation“

wird von ihm als koloniales Muster bewertet, in dem Rohmaterial über indigene Sprachen in „westlichen intellektuellen Mühlen“ verarbeitet wird.²² Grand Chief Wilton Little Child, indigener Vertreter der Cree von den kanadischen First Nations, fordert im Anschluss an das UN-Jahr eine internationale Dekade für indigene Sprachen. Nur so könnten nachhaltige Veränderungen angestrebt werden.²³ Diesmal jedoch in enger Absprache mit indigenen Vertretern, denn es gilt: **„Nothing about us, without us“** (dt.: Nichts über uns, ohne uns).

Secretariat. Online unter: <https://digitallibrary.un.org/record/1477512> [Zugriff am 22.07.2019]

²¹ UNITED NATIONS, UN WEB TV (2018, 18 April): *2019: International Year of Indigenous Languages - Indigenous Media Zone*. Online unter: <http://webtv.un.org/search/2019-international-year-of-indigenous-languages-indigenous-media-zone/5773872463001/?term=> [Zugriff am 27.05.2019]

²² GROUNDS, RICHARD A. (2019): *Keeping the Indigenous in the International Year of Indigenous Languages*. In: Cultural Survival Quarterly. Hear Our

Languages - International Year of Indigenous Languages 2019 Vol. 43 (1); Cambridge: Cultural Survival Inc. S.14-16.

²³ UNITED NATIONS, UN WEB TV (2019, 22 April): *Achieving the promise of the International Year of Indigenous Languages – outcomes, legacies and future work*. Online unter: <http://webtv.un.org/%C2%BB/watch/2019-international-year-of-indigenous-languages-indigenous-media-zone/5772689913001/?term=&lan=original&page=3?term=> [Zugriff am 27.05.2019]

TEIL II: Sprachenschutz in Länderbeispielen

„Jede Zivilisation ist daran zu messen, wie sie mit ihren Minderheiten umgeht.“

Mahatma Gandhi

1. Regierungen verhindern Sprachenschutz

Indigene Sprachen und ihre Bedrohungslage sind untrennbar mit der Offen- bzw. Geschlossenheit ihrer Nationalstaaten verbunden. Das Ideal eines heterogenen Nationalstaats kombiniert mit (post-)kolonialen Gesellschaftsstrukturen beherrscht noch heute die Konfliktlinie zwischen indigenen Völkern und den jeweiligen Regierungen der Staaten, in denen ihre Territorien liegen. Inwieweit Plurinationalismus und indigene Kollektivrechte zugelassen werden, ist ein Spiegelbild der Rechtssituation in jedem Staat. Der Grad an gesprochenen vitalen indigenen Sprachen gibt Aufschluss über die Bildungs- und Aufstiegschancen von indigenen Menschen. Je geschlossener ein System ist, je weniger es sich mit der eigenen Kolonialgeschichte auseinandersetzt bzw. indigenen Völkern Zugeständnisse macht, desto schlechter steht es um indigene Sprachen. Sprachen werden heute auf unterschiedlichste Art und Weise unterdrückt. Politische Mitsprache, Bildungs- und Sprachenrechte werden entsprechend nicht gewährt. Strategien reichen von staatlicher Assimilierungspolitik und Neutralisierung oder Kriminalisierung indigener Organisationen bis hin zu fehlender Anerkennung und immer wiederkehrendem Rassismus.

Ein historisches Beispiel für die strategische Assimilierungspolitik bis hin zum Aussterben der Sprache, den sogenannten *Linguiziden*, bieten die Ainu in Japan. Ihre Spuren führen in prähistorische Zeiten zurück. Die Ainu sind die direkten Vorfahren der heutigen Bevölkerung Japans. Ihre Sprache ist heute nahezu vollständig verloren. Mit dem erstarkenden Nationalismus und Kolonialismus Japans im 19. Jahrhundert wurden viele ethnische und indigene Minderheiten einer rigorosen Assimilierungspolitik unterworfen. Indigene Ainu wurden zu Japanern erklärt, ihre Sprache wurde verboten und Japanisch zur allein gültigen Sprache erklärt.²⁴

Assimilierungspolitik im 20. Jahrhundert am Beispiel China

Die Tendenz zu heterogenen Gesellschaften unter zentraler Regierung ist kein historisches, sondern ein andauerndes Phänomen. Die seit 70 Jahren diktatorisch regierende Kommunistische Partei (KP) Chinas versucht seit Jahrzehnten, Sprachen wie die Turksprache Uigurisch oder das Tibetische zu marginalisierten und ethnischen Minderheiten Hochchinesisch als einzige Sprache aufzuzwingen.²⁵ China ist als Teil der Vereinten Nationen Unterzeichnerstaat vieler wichtiger menschenrechtlicher Abkommen²⁶ inklusive der

²⁴ GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (2011): *Bedrohte Sprachen. Gefahr für Minderheiten weltweit*. Online unter: https://www.gfbv.de/fileadmin/redaktion/Reporte_Memoranden/2010/MR-Report_Nr.63.-BedrohteSprachen.pdf [Zugriff am 06.06.2019]

²⁵ SHIR, R. (2019): *China's effort to silence the sound of Uyghur*: <https://thedi diplomat.com/2019/05/chinas-effort-to-silence-the-sound-of-uyghur/> [Zugriff am 05.06.2019]

²⁶ Mit Ausnahme des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt).

UNDRIP. Dennoch werden Minderheitenrechte und indigene Rechte in China kaum anerkannt. Zwar bekennt sich die Regierung in Artikel 4 zu der Verfassung zur Gleichberechtigung aller Nationalitäten, dem Anspruch der nationalen Minderheiten auf die Anwendung ihrer eigenen Sprache, Schrift, Sitten und Gebräuche. De facto beschleunigt sie jedoch seit dem Amtsantritt von Staatspräsident Xi Jinping im Jahr 2013 die gesellschaftliche Zwangsassimilierung auch im Sprachsbereich.

Neben den Tibetern geraten besonders die Uiguren seit einigen Jahren in den Fokus des Regimes. Geschätzt 1,5 Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen sitzen derzeit in chinesischen Umerziehungslagern. Ihre Verbindung zu anderen muslimischen Minderheiten Zentralasiens soll mit der alleinigen Hinwendung zum Hochchinesischen unterbrochen werden.²⁷ Die uigurische Sprache ist eine Turksprache. Viele ihrer Wörter stammen aus dem Arabischen und dem Persischen. Ihre Schrift basiert auf arabischen Schriftzeichen. Wurde von staatlicher Seite lange eine bilinguale Erziehung in Uigurisch und Hochchinesisch unterstützt, verfolgt die Sprachenpolitik der KP nun eine radikale Politik gegen die Uiguren. Mit dem Verschwinden ihrer Sprache soll auch die kulturelle Identität der Uiguren, ähnlich derjenigen der Tibeter, ausgelöscht bzw. zwangsassimiliert werden.

Beispiel: Erklärung eines KP-Funktionärs

Den Grad an Alltagsdruck auf Uiguren beschreibt ein Vorfall vom Oktober 2018 in Qaghaliq Bezirk in der Region Kasghar. In ei-

ner Stellungnahme, die an 750.000 Leser verschickt wurde, erklärte Memtimin Ubul, ein Funktionär der Kommunistischen Partei, dass uigurische Staatsbedienstete weder Uigurisch sprechen noch schreiben sollten. Als „unpatriotischen“ Akt müssten diejenigen, die Uigurisch sprechen oder schreiben würden, fortan als „Personen mit zwei Gesichtern“ angesehen werden. Selbst im Privatleben sollte nur noch Chinesisch gesprochen und geschrieben werden. Staatsbedienstete seien Vorbilder dafür, was es bedeute, eine patriotischer Uigure zu sein. Das konsequente Sprechen der chinesischen Sprache würde es den Uiguren ermöglichen, die „Ketten der [muslimischen] Religion“ abzulegen und bessere Jobmöglichkeiten zu erhalten.

China verfolgt heute einen Kurs der totalen Assimilierungspolitik und verübt massive Verletzungen der Freiheits- und Menschenrechte an der indigenen Bevölkerung. Seit 2017 schickte die Regierung etwa eine Million Parteikader jeweils für einige Wochen zu uigurischen Familien. Diese Kader berichten der KP, wie gut die jeweiligen Familienmitglieder Hochchinesisch sprechen und geben eine Einschätzung ab, die später entscheidet, ob Uiguren in eines der über 1.200 Umerziehungslager im Nordwesten Chinas geschickt werden.²⁸ Dort werden sie gezwungen, neben den Dogmen der KP auch Hochchinesisch zu lernen. Die Kinder Inhaftierter kommen in staatlich geführte Internate, in denen sie nur Hochchinesisch lernen können. Ehemalige Inhaftierte berichten von Gehirnwäsche, Folter und Erniedrigungen. Es ist in den Lagern verboten, Uigurisch zu sprechen. Viele derer, die aus den Lagern entlassen wurden, sind gebrochene Men-

²⁷ MILLWARD, J. (2019): 'Re-educating' Xinjiang's Muslims. Online unter: <http://www.chinafile.com/library/nyrb-china-archive/reeducating-xinjiangs-muslims> [Zugriff am 05.06.2019]

²⁸ BYLER, D. (2019): The 'patriotism' of not speaking Uyghur. Online unter: <https://sup-china.com/2019/01/02/the-patriotism-of-not-speaking-uyghur/> [Zugriff am 05.06.2019]

schen. Kritisch äußern über die Lager können sich jedoch nur diejenigen, die ins Exil gegangen sind.²⁹³⁰

Unterdrückung indigener Organisationen in Russland

„Ursprünglich wurde [RAIPON] geschaffen, um die Rechte der indigenen Völker zu schützen, aber jetzt haben die russischen Behörden und Geheimdienste diese Organisation zu einem Werkzeug gemacht, das sie gegen die indigenen Völker einsetzen.“

Pavel Sulyandziga (RAIPON)

Auch in Russland gibt es eine lange Tradition der sogenannten *Russifizierung* der Gesellschaft und Unterdrückung von indigenen Sprachen. Von den 115 gegenwärtig existierenden Sprachen sind allein 100 indigene Sprachen, von denen die Hälfte heute akut bedroht ist.³¹ Von den mehr als 160 indigenen Völkern, die auf dem Territorium des heutigen Russlands leben, sind 40 offiziell als "indigene Minderheitenvölker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens" anerkannt. Obwohl sie mit insgesamt 250.000 Menschen nur 0,2 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen, bewohnen sie ungefähr zwei Drittel des russischen Territoriums.³² Russland hat weder die ILO-Konvention 169 ratifiziert noch die

UNDRIP offiziell anerkannt und setzt Rohstoffausbeutung über indigene Landrechte oder Konsultationsrechte.³³

Die Unterdrückung von indigenen Sprachen hat eine historische Tradition, die bereits im 16. Jahrhundert im Zarenreich begann. Im 20. Jahrhundert wurden im Bildungssystem des totalitären Stalinismus indigene und Minderheitensprachen kontinuierlich unterdrückt. Russisch als Sprache und Kyrillisch als Schrift wurden als allgemeingültig und verpflichtend eingeführt. Eltern galten als „rückständig“, wenn sie ihre Kinder nicht in Russisch erzogen, nicht-russische Namen wurden verboten, nicht linientreue Lehrer und Sprachwissenschaftler konnten als Volksfeinde verhaftet werden. Das System der Internatsschulen, das ursprünglich für Kinder aus nomadischen Familien eingerichtet wurde, entwickelte sich zunehmend zu einer sowjetischen Kaderschmiede, in der Kinder ihre gesamte Schullaufbahn blieben und erst im Alter von 16 Jahren - oft als Fremde - zu ihren Familien zurückkehrten. Dieses System wird heute nicht mehr praktiziert, jedoch sind die Auswirkungen deutlich spürbar. Eine ganze Generation indigener Sprecher fehlt, sodass die Sprachtradition heute von der Großelterngeneration weitergeführt werden muss.³⁴

²⁹ GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (2019): *Pressemitteilung. Schlagabtausch bei der UN über chinesische Umerziehungslager*. Online unter: <https://www.gfbv.de/de/pm/schlagabtausch-bei-der-un-ueber-chinesische-umerziehungslager-9683/> [Zugriff am 06.06.2019]

³⁰ SCHEDLER, H.: *Uiguren in München: "Sprache ist Kultur und Kultur braucht Sprache"*. In: "bedrohte Völker - pogrom" Nr. 310, 01/2019. Online unter: <https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/310-bildung-fuer-alle/sprachunterricht-fuer-uiguren-in-der-diaspora/> [Zugriff am 06.06.2019]

³¹ EBERHARD, D. M., SIMONS, G.F. U. FENNIG, C.D. (2019). *Ethnologue: Languages of the World*.

Online unter: <http://www.ethnologue.com> [Zugriff am 17.06.2019]

³² CULTURAL SURVIVAL (2014): *Who Are the Indigenous Peoples of Russia?* Online unter: <https://www.culturalsurvival.org/news/who-are-indigenous-peoples-russia> [Zugriff am 17.06.2019]

³³ IWGIA (2014): *Indigenous Peoples in the Russian Federation. IWGIA report 18*. Online unter: https://issuu.com/iwgia/docs/humanrights_report_18_russia [Zugriff am 17.06.2019]

³⁴ GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (1998): *Die kleinen Völker des hohen Nordens und fernen Ostens Russlands. Ein aktueller Lagebericht mit geschichtlich-ethnographischer Einführung*. Online unter: <https://www.gfbv.de/de/news/indigene-voelker->

Im heutigen Russland scheint sich diese Politik zu wiederholen. Die rechtliche Öffnung nach Ende der Sowjetzeit wird nach und nach zurückgenommen. Zwar garantiert Artikel 69 der Verfassung indigenen Völkern bestimmte Rechte. Diese werden jedoch Wirtschaftsinteressen geopfert und einem Diskurs des „einigen Russlands“ untergeordnet. Das russische Sprachgesetz von 1991 und das Bildungsgesetz von 1992, welche das Recht auf Bildung in indigenen Sprachen anerkannten und die Bildungspolitik dezentralisierten, wurden mit einer Gesetzesänderung im Juni 2018 deutlich begrenzt. Eine Reihe von Maßnahmen wurde eingeführt, um den Besuch der Sprachklassen in den Schulen zu erschweren. So ist das Angebot nicht mehr verpflichtend und erheblich eingeschränkt. Der Unterricht wird von sechs auf zwei Stunden pro Woche verringert und Eltern müssen Lehrer erst schriftlich auffordern, damit Kinder am Unterricht teilnehmen können.³⁵

Gegenüber einer radikal gegen Minderheiten arbeitenden russischen Regierung haben indigene Völker massive Schwierigkeiten, ihre Rechte inklusive Sprachenrechte zu verteidigen. Im gegenwärtigen Russland unter Vladimir Putin gibt es keine indigene Organisation, die indigene Rechte ungehindert vertreten kann. Zwar vertritt

der Dachverband RAIPON offiziell indigene Interessen auf der internationalen Bühne, de facto wurde die Organisation jedoch gleichgeschaltet und arbeitet unter staatlicher Kontrolle. Vorausgegangen war ein Hin und Her mit ungewissem Ausgang über Zulassung und Verbot der Organisation. Im November 2012 beschloss das Justizministerium, RAIPON für sechs Monate zu schließen. Als Grund nannte es Fehler in den Statuten der Organisation. Nach internationalen Protesten wurde RAIPON erlaubt, seine Statuten anzupassen und im März 2013 mit seiner Arbeit fortzufahren. Im selben Monat dann wurde Grigori Ledkov, Mitglied der Putin-Partei *Einiges Russland*, nach massiver Wahlmanipulation zum Präsidenten von RAIPON³⁶ gewählt.³⁷ Die Repräsentanten der indigenen Bewegung, insbesondere Pavel und Rodion Sulyandziga, wurden verdrängt und sehen sich immer wieder Repressionen ausgesetzt.³⁸ Der Internationale Entwicklungsfonds für Russlands indigene Völker *Batani* sowie das *Zentrum zur Unterstützung der indigenen Völker des Nordens* sind wie viele russische NROs vom Staat als *ausländische Agenten* diffamiert und per Gesetz politisch arbeitsunfähig gemacht worden.³⁹

im-norden-russlands-und-sibiriens-174/ [Zugriff am 17.06.2019]

³⁵ UNPO (2018): *Minority Languages Under Siege in Russia and Crime*. Online unter: <https://unpo.org/article/21003> [Zugriff am 17.06.2019]

³⁶ YOUTUBE (2018): *From Moscow to Maine: A Conversation with Pavel Vasilievich Sulyandziga*. Online unter: <https://www.youtube.com/watch?v=nnbnGYlb7ek> [Zugriff am 17.06.2019]

³⁷ NILSEN, T. (2013): *Moscow staged RAIPON election thriller*. Online unter: <http://barentsobserver.com/en/politics/2013/04/moscow-staged-raipon-election-thriller-03-04> [Zugriff am 17.06.2019]

³⁸ GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER (2015): *Indigene Umweltaktivisten in Lebensgefahr. Menschenrechtsreport Nr. 77*. Göttingen, S. 17

³⁹ PETTERSON, T. (2015): *One more indigenous peoples' organization declared 'foreign agent'*. Online unter: <https://thebarentsobserver.com/en/society/2016/03/one-more-indigenous-organization-declared-foreign-agent> [Zugriff am 17.06.2019]

Fehlende staatliche Anerkennung in Indien

In Indien leben 705 ethnische Gruppen unter der Bezeichnung *Scheduled Tribes* (in etwa registrierte oder anerkannte Stämme). Die Selbstbezeichnung indigener Gruppen als Adivasi, ursprüngliche Einwohner, wird von der indischen Regierung bis heute nicht akzeptiert. Die geschätzt 104 Millionen Adivasi machen 8,6 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Es gibt eine weltweit einmalige Vielzahl und Vielfalt an indigenen Sprachen. Indien hat laut des achten Verfassungszusatzes nur 22 Hauptsprachen, obwohl mehr als 121 gesprochen werden. Darüber hinaus existieren noch viele weitere Dialekte, sodass der nationale Zensus von 2011 insgesamt 1635 Varietäten und Dialekte zählt.⁴⁰

Laut UNESCO sind 197 dieser Sprachen akut bedroht. Für die *Scheduled Tribes* sieht die Verfassung umfangreiche Schutzvorschriften und Sonderrechte vor, darunter auch das Recht auf die indigene Sprache (Art. 29) sowie den Schutz bedrohter Sprachen (Art. 350).⁴¹ Die Gesetze zum Schutz indigener Völker weisen jedoch zahlreiche Mängel auf, ihre Umsetzung ist alles andere als zufriedenstellend. Bezeichnend ist, dass die indische Regierung zwar für die UNDRIP stimmte, jedoch mit dem Zusatz, dass seit der Unabhängigkeit 1949 die gesamte Bevölkerung als indigen gilt. Mit dieser de facto Nichtanerkennung indigener Völker als eigenständige Bevölkerungsgruppe verwehrt Indien den Adivasi ihren völkerrechtlichen Anspruch auf

wichtige Kollektivrechte zur Selbstbestimmung.⁴²

„Unsere wirtschaftliche Situation war nie gut. Meine Mutter legte verschiedene Prüfungen ab und bemühte sich, eine Arbeit im Staatsdienst zu bekommen, aber sie hatte keinen Erfolg dabei. Sie stellte sich immer vor, dass sie ihre Kinder dazu bringen würde, mit der neuen Sprache aufzuwachsen. Damit ihre Kinder nicht das durchmachen müssen, was sie durchgemacht hatte. Sie hörte auf, zu Hause die Muttersprache Kurukh zu sprechen. Zu Hause sprachen dann alle Hindi. [...] Deshalb haben wir – als die zweite Generation, die zur Schule ging und Bücher sah – nie unsere Muttersprache kennengelernt. Heute kehren wir zu unserer eigenen Sprache zurück. Wir ermutigen die Leute, zu Hause mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache zu sprechen.“

Jacinta Kerketta (Journalistin und indigene Kurukhar)

Die Faktoren zur Verdrängung der Sprache sind schnell zusammengefasst: Fehlende politische Rechte führen unmittelbar zu wirtschaftlicher Not. Adivasi werden von ihren traditionellen Territorien vertrieben, weil ihnen der Zugang zu Landtiteln erschwert wird.⁴³ Mit dem Verlust von Land und der Aufgabe traditioneller Formen des Lebensunterhalts, verlieren sie ihre indigene Identität. Der Zugang zur Arbeitswelt und zum Bildungssystem ist durch die Dominanz von Hindi und Englisch erschwert.

⁴⁰ MINISTRY OF HOME AFFAIRS (2011): *Scheduled Tribes in India*. Online unter: https://tribal.nic.in/ST/3-STi-nindiaascensus2011_compressed.pdf [Zugriff am 19.06.2019]

⁴¹ ADIVASI-KOORDINATION (2018): *Vielfalt – wie lange noch? Zum „Internationalen Jahr der indigenen Sprachen 2019*. Online unter: https://www.adivasi-koordination.de/wpdev/wp-content/uploads/2018/12/AKD_rundbrief66.pdf [Zugriff am 19.06.2019]

⁴² IWGIA (2018): *The indigenous world 2018*. Online unter: <https://www.iwgia.org/images/documents/indigenous-world/indigenous-world-2018.pdf> [Zugriff am 19.06.2019]

⁴³ Bezeichnend ist hier das Urteil von Indiens Oberstem Gerichtshofs vom 13.02.2019, durch welches bis zu acht Millionen Adivasi von weitreichender Vertreibung betroffen sind.

Adivasi werden gesellschaftlich marginalisiert, politische Rechte oder gar Sprachenrechte zu verteidigen, kollidiert mit der Notwendigkeit zu überleben.⁴⁴

Indien ist ein typisches Länderbeispiel, bei dem die kulturelle Vielfalt auf fehlende staatliche Anerkennung trifft. Das Beispiel Indien zeigt, dass eine Regierung keine aktive Assimilierungspolitik verfolgen muss,

um Linguizide zu verursachen. Die politische Marginalisierung innerhalb der indischen Gesellschaft zeigt, wie weit koloniale Grenzen noch existieren. Das Verschwinden indigener Sprachen in Indien ist das Symptom für die zugrundeliegende Missachtung der Rechte von Adivasi seitens des Staats.⁴⁵

2. Umsetzungsdefizit – Gesetze bleiben wirkungslos

In demokratischen Staaten ist das Durchsetzen von Gesetzen und Maßnahmen, welche am Wohl der Gesamtbevölkerung orientiert sind, leichter. Im Idealfall kann hier jeder Bürger mitwirken und es gibt keinen repressiven Staat, von dem bestimmte Dynamiken aufgezwungen oder einzelne Bevölkerungsgruppen in ihrer Existenz bedroht oder eingeschränkt werden. Jedoch gibt es auch hier Unterschiede: In demokratischen Staaten mit kolonialer Vergangenheit ist die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung indigener Völker mitsamt ihren Sprachenrechten noch immer mangelhaft. Zwar existieren Gesetze, die zu indigenen (Sprachen-)Rechten verabschiedet wurden, und auch Maßnahmen, die daraufhin implementiert werden, aber in der Umsetzung fehlt es häufig am politischen Willen. Gründe dafür liegen in weiterhin tief verankertem Rassismus, der Indigene noch immer marginalisiert und ebenso strukturell benachteiligt. Weitreichende staatliche Reformen haben

nur so lange Priorität, wie es kein lukrativeres wirtschaftliches Interesse gibt, das ihnen entgegensteht. Indigene haben nach wie vor Nachteile in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, besonders Bildungs- und Sprachenrechte werden nur schleppend umgesetzt. Die erfolgreichsten Maßnahmen, die indigene Sprachen bewahren, sind immer noch die, welche von den Indigenen direkt realisiert werden.

Mapuzugun, die Sprache der Mapuche in Chile

Während der Kolonialzeit wurde in vielen Gebieten Lateinamerikas Spanisch eingesetzt, um die Ideologie der Kolonialmacht Spanien zu verfestigen. Die Sprache diente dazu, die Möglichkeiten und vor allem die kulturelle Ausdrucksweise der indigenen Völker einzuschränken.⁴⁶ Indigene Sprachen wurden lange unterdrückt und sind bis heute vom Aussterben bedroht. Ein Beispiel ist Mapuzugun, die Sprache der Indigenen Mapuche in Chile und Argentinien. Etwa 1,7 Millionen Mapuche leben in

⁴⁴ AKANKSHA MITTAL (2015): *Tribal Languages in India – Reasons for Decline (3/4)*. Online unter: <https://www.wordsinthebucket.com/indian-tribal-languages-3> [Zugriff am 19.06.2019]

⁴⁵ ADIVASI-KOORDINATION (2019): *Solidarität mit Indigenen Ureinwohnern*. Online unter: <https://www.adivasi-koordination.de>

[vasi-koordination.de/wpdev/wp-content/uploads/2019/04/AKD_rundbrief67-1.pdf](https://www.adivasi-koordination.de/wpdev/wp-content/uploads/2019/04/AKD_rundbrief67-1.pdf) [Zugriff am 19.06.2019]

⁴⁶ HAGOPJAN, A. (2019). *Indigenous Languages vs Extinction*. In: Bolivian Epress Magazine. Online unter: <http://www.bolivianexpress.org/blog/posts/indigenous-languages-vs-extinction> [Zugriff am 01.06.2019]

Chile, ihre Sprache, Mapuzugun, wird jedoch nur noch von 150.000 Menschen gesprochen.⁴⁷ Sie ist weder offiziell anerkannt, noch steht sie unter staatlichem Schutz, obwohl Chile einer der Unterzeichnerstaaten der ILO-Konvention 169 ist und seit dem Ende der Militärdiktatur 1990 Rechte für Indigene verfassungsrechtlich implementiert sind.

Auf Basis dieser Rechte gibt es in Chile zwar seit 1993 eine staatliche Dachorganisation für indigene Völker, die *Corporación Nacional de Desarrollo Indígena (CONADI)*, jedoch ist sie dem Ministerium für soziale Entwicklung unterstellt, sodass ihr politischer Einfluss als eingeschränkt gilt. 2018 wurde die Einrichtung eines Ministeriums für indigene Völker beschlossen, das jedoch bis heute (Stand Sommer 2019) nicht eingerichtet wurde. Ein Indiz dafür, dass der Staat zwar offiziell die Absicht zeigt, Indigene und ihre Rechte zu unterstützen, jedoch der politische Wille für deren Umsetzung in keiner Weise ausreicht.⁴⁸

Bezüglich der Sprachförderung gibt es seit 2010 ein Gesetz, welches chilenische Schulen verpflichtet, Mapuzugun zu unterrichten. Dieses Gesetz wird jedoch aufgrund mehrerer Faktoren als wirkungslos angesehen: Der Mindestanteil von 20 Prozent indigenen Schülern pro Klasse wird nur in ländlichen Gegenden erreicht. In Santiago de Chile, wo ca. 50 Prozent der Mapuche leben, reicht ihre absolute Zahl an Schüler

nicht aus, um dieses Kriterium zu erfüllen. Deshalb wird dort bis heute an keiner Schule Mapuzugun unterrichtet.⁴⁹ Darüber hinaus fehlt es an qualifizierten Lehrern, adäquaten Programmen zur Ausbildung dieser Lehrer und gesetzlichen Vorgaben, in welchem Umfang der Sprachunterricht eingeführt werden muss.⁵⁰ Dass Mapuzugun nur dort unterrichtet werden muss, wo ein hoher Anteil der Schüler Mapuche ist, zeigt, dass die Sprachenförderung von Mapuzugun nur innerhalb der Mapuche-Bevölkerung stattfindet und der Staat keine Ambitionen zeigt, die Sprache auch unter der nicht indigenen Bevölkerung zu etablieren.

Ein zentraler Faktor für das Verschwinden von Mapuzugun ist Alltagsrassismus. In Chile sind indigene Gemeinschaften immer noch marginalisiert, müssen für Arbeitsplätze in die Großstädte migrieren und sich den Anforderungen eines globalisierten Arbeitsmarktes unterwerfen. Viele Mapuche, die selbst massiv mit Rassismus konfrontiert sind, entscheiden sich in der Erziehung ihrer Kinder gegen traditionelles Wissen. Eltern sehen für ihre Kinder bessere Zukunftschancen, wenn diese gutes Spanisch oder Englisch sprechen und Mapuzugun verliert entsprechend an Einfluss. Das Erlernen der indigenen Sprache, welche nur in ihrer eigenen Gemeinschaft gesprochen wird, ist keine Priorität mehr.⁵¹

⁴⁷ MILESÍ, O. (2018). *Indigenous Rights Land, Water and Education. Priorities for Chile's Mapuche People*. In: Inter Press Agency News Agency. Online unter: <http://www.ipsnews.net/2018/08/land-water-education-priorities-chiles-mapuche-people/> [Zugriff am 01.06.2019]

⁴⁸ O.A. (2019): CONADI. Online unter: <https://en.wikipedia.org/wiki/CONADI> [Zugriff am 03.06.2019]

⁴⁹ CLARK, H. (2018). *Global Education Monitoring Report 2019: Migration, displacement and education:*

building bridges not walls. Online unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000265866> [Zugriff am 16.04.2019]

⁵⁰ Indigene selbst kritisieren, dass das Lernen von Grammatik und Vokabeln zum Spracherwerb eine westliche Denkweise ist und Sprachen wie Mapuzugun, welche auf dem Zusammenleben mit der Natur basieren, auf diese Art nicht angemessen erlernt werden können. (<https://medcraveonline.com/JHAAS/JHAAS-01-00031.pdf>)

⁵¹ ESCUELA SPANISH ARGENTINA-CHILE-PERU (Hrsg.) (2019): *Cultural Tidbit: Preserving the Ma-*

Nur 16 Prozent der Eltern im ländlichen Raum sprechen noch Mapuzugun mit ihren Kindern, im urbanen Raum sogar nur noch 2,4 Prozent.

Kleine Organisationen und Initiativen, die von den Indigenen selbst ausgehen, sind insoweit erfolgreich, als dass das Thema der indigenen Rechte und vor allem der Sprachenrechte auf der nationalen politischen Agenda seit Jahren vertreten ist. Kleine Initiativen werden vom Staat ernst genommen und ihre Forderungen zum Erhalt der indigenen Sprache werden gehört. Bilinguale Bildung wird jedoch bisher nur in ländlichen Gebieten vereinzelt umgesetzt.⁵² Um die Sprache besonders unter jüngeren Mapuche aufzuwerten, müsste sie flächendeckend gelehrt und gesamtgesellschaftlich integriert werden.

Die Situation der indigenen Sprachen in Indonesien

Beispiele von Staaten im asiatischen Raum mit kolonialem Erbe und großer indigener Bevölkerung zeigen sehr ähnliche Probleme und Tendenzen.

Indonesien, als ehemalige Kolonie der Niederlande, ist eines der Länder mit der größten kulturellen und sprachlichen Vielfalt weltweit. Indigene Sprachen haben hier eine etwas andere Rolle, da auch die

staatliche Nationalsprache Malay eine indigene Sprache ist. Malay diente der Nationalstaatsbildung und trug dazu bei, ein Gefühl des Nationalstolzes zu fördern. So wird sprachliche Vielfalt in Indonesien vom Staat als Bedrohung für die Souveränität und Entwicklung der Nation bezeichnet.⁵³ Bemerkenswert ist, dass Indonesiens 45 Millionen Indigene dennoch ca. 800 unterschiedliche Sprachen sprechen,⁵⁴ das Wort *indigen* im nationalen Wortschatz dabei jedoch nicht existiert.⁵⁵

Englisch nimmt im indonesischen Fremdsprachenunterricht eine zentrale Rolle ein und wird als maßgebende globale Sprache vermarktet, deren Kenntnis bessere Zukunftschancen mit sich bringt. Andere Sprachen verlieren im Vergleich an gesellschaftlichem Status und werden nur vereinzelt unterrichtet.⁵⁶ Gibt es Unterricht in indigenen Sprachen, leidet er an zu wenigen Lehrern und deren mangelnder Ausbildung. Einzig selbstorganisierte Programme von Indigenen, die auf freiwilliger Basis Programme zusätzlich zur schulischen Bildung entwerfen, zeigen hier Erfolg. Die indigene Dachorganisation Indonesiens *Aliansi Masyarakat Adat Nusantara* (AMAN) ist sehr aktiv im Schutz der verschiedenen indigenen Sprachen und

puche's Language. Online unter: <https://ecelaspanish.com/cultural-tidbit-preserving-the-mapuches-language/> [Zugriff am 06.06.2019]

⁵² MINORITY RIGHTS GROUP INTERNATIONAL (Hrsg.) (2019): *World Directory of Minorities and Indigenous Peoples. Chile Mapuche*. Online unter: <https://minorityrights.org/minorities/mapuche-2/> [Zugriff am 06.06.2019]

⁵³ SUGIHARTO, S. (2013): *Indigenous language policy as a national cultural strategy*. In: The Jakarta Post. Online unter: <https://www.thejakartapost.com/news/2013/10/28/indigenous-language-policy-a-national-cultural-strategy.html> [Zugriff am 16.05.2019]

⁵⁴ WIDIANTO, S. (2018): *Indonesia's Indigenous languages hold the Secrets of Surviving Disaster- Intro-*

ducing hard-learned local wisdom into warning efforts could save thousands of lives. Online unter: <https://foreignpolicy.com/2018/10/15/indonesias-indigenous-languages-hold-the-secrets-of-surviving-disaster/> [Zugriff am 16.05.2019]

⁵⁵ SUGIHARTO, S. (2013): *Indigenous language policy as a national cultural strategy*. In: The Jakarta Post. Online unter: <https://www.thejakartapost.com/news/2013/10/28/indigenous-language-policy-a-national-cultural-strategy.html> [Zugriff am 16.05.2019]

⁵⁶ RAHMI, R. (2015). *The development of language policy in Indonesia*. Online unter: https://www.researchgate.net/publication/322711695_THE_DEVELOPMENT_OF_LANGUAGE_POLICY_IN_INDONESIA [Zugriff am 22.04.2019]

hat u. a. eine Zweigorganisation für Bildungsrechte.⁵⁷

Tamazight die Sprache der Amazigh in Marokko

Neben Lateinamerika und Asien prägen Auswirkungen der Kolonialgeschichte auch afrikanische Staaten und wirken sich auf die Lebensbedingungen indigener Völker aus. Die indigenen Amazigh in den Maghreb - Staaten leben u. a. in der ehemaligen französischen Kolonie Marokko. Obwohl Marokko die UNDRIP angenommen hat, sind die Amazigh im Land nicht offiziell als Indigene anerkannt.⁵⁸ Die Sprache Tamazight, welche von mehr als einem Drittel der marokkanischen Bevölkerung gesprochen wird, ist bedroht, obwohl der Staat offiziell ihren Erhalt fördert.

Trotzdem ist Tamazight im Alltag kaum zu finden. Öffentliche Behörden und wichtige Institutionen funktionieren nur auf Arabisch oder Französisch.⁵⁹ Oft sind nicht einmal offizielle Webseiten auf Tamazight verfügbar. Nur 2 Prozent aller im Land veröffentlichten Literatur ist in Tamazight erschienen. Mitsprache bei der Gestaltung von Sprachenrechten ist mangelhaft und es gibt sogar vereinzelte Fälle, in denen Tamazight Vornamen nicht erlaubt wurden.⁶⁰

Auch in Marokko spiegelt sich im Bildungssystem die mangelnde staatliche Initiative, die Sprache zu schützen, wieder. Obwohl 1994 ein Gesetz verabschiedet wurde, Tamazight an Schulen zu unterrichten, wird dies erst seit 2003 umgesetzt. Jedoch findet der Unterricht nicht flächendeckend statt, sodass nur zwölf Prozent der marokkanischen Schüler Tamazight lernen. 2017 äußerte der Bildungsminister Marokkos zwar, dass die Lehrmethoden für den Tamazight-Unterricht überarbeitet werden sollten und hierfür bis zu 300 weitere Lehrer ausgebildet werden würden, welche alle drei Landessprachen unterrichten (Tamazight, Arabisch und Französisch); jedoch gibt es keine Quellen, die belegen, dass dies auch passiert ist. Tamazight soll dabei an Grundschulen mit mindestens drei Wochenstunden unterrichtet werden. An weiterführenden Schulen gibt es jedoch keinen ansatzweise flächendeckenden Tamazight-Unterricht. Auch hier herrscht ein Mangel an kompetenten Lehrern und die Motivation zur Umsetzung von Sprachenrechten ist mangelhaft.⁶¹

In lediglich vier Städten (Fez, Oujda, Rabat und Agadir) besteht die Möglichkeit, Tamazight an einer Universität zu studieren. Dass jedes Jahr Tausende dieses Studium abschließen, zeigt, dass im Vergleich

⁵⁷ HENNING, R. (2015). *AMAN (Indigenous Peoples Alliance of the Archipelago)*. Online unter: <https://publicpolicyindonesia.wordpress.com/2015/08/13/aman-indigenous-peoples-alliance-of-the-archipelago/> (Zugriff am 17. Mai 2019)

⁵⁸ UN COMMITTEE FOR HUMAN RIGHTS (2016): *Amazighs of Morocco: an indigenous people despoiled*. Online unter: https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CCPR/Shared%20Documents/MAR/INT_CCPR_CSS_MAR_25280_E.pdf [Zugriff am 23.04.2019]

⁵⁹ LINDSEY, U. (2017): *A Dispatch from the Casablanca Book Salon*. Online unter: <https://www.al-fanarmedia.org/2017/02/dispatch-casablanca-book-salon/> [Zugriff am 13.06.2019]

⁶⁰ LA FÉDÉRATION NATIONALE DES ASSOCIATIONS ÁMAZIGHES (Hrsg.) (2016): *Shadow Report of the National Federation of Amazigh Associations in Morocco On Amazigh Linguistic and Cultural Rights in Morocco. Review of the Sixth National Report of Morocco*. Online unter: http://fnaa.ma/Shadow_Report_FNAA-CDH_session_118_EN.pdf [Zugriff am 06.06.2019]

⁶¹ CHTATOU, M. (2019). *The State of Amazigh Culture in Algeria and Morocco*. Online unter: <https://int-policydigest.org/2019/01/31/the-state-of-amazigh-culture-in-algeria-and-morocco/> [Zugriff am 23.04.2019]

zu Chile und Indonesien ein hohes Interesse vorhanden ist.⁶² In Absprache mit dem Königlichen Institut für Amazigh-Kultur (ICRAM) forderte die Regierung andere Hochschuleinrichtungen auf, weitere Trainingsprogramme für Tamazight anzubieten. Das Königliche Institut, welches 2001 gegründet wurde, ist ein wichtiger staatlicher Akteur in Sachen Tamazight-Förderung, denn es hilft, die Sprache in das Schulsystem zu integrieren. Da es hierfür aber erst eine standardisierte Version der Tamazight-Sprache entwickeln musste, wird es oft als Akteur, welcher die Amazigh-Identität stark vereinfacht und damit herunterbricht, kritisiert.⁶³

Ein weiteres Gremium für Amazigh ist der Nationale Verband aller Amazigh-Vereine (FNAA) in Marokko. Er bemängelt, dass staatliche Institutionen nur von „der Amazigh-Sprache“ sprechen, anstatt den offiziellen Namen Tamazight zu benutzen. Die Identität und das Selbstbild der Amazigh werden vernachlässigt und ihre Sprache wird auf ein Anhängsel ihres Selbstbildes anstatt einer vollwertigen Sprache reduziert. Obwohl 2011 die „Amazigh-Sprache“ als nationale Sprache offiziell anerkannt wurde, wird sie namentlich nicht genannt und damit dem Arabischen und Französischen als minderwertiger untergeordnet.⁶⁴ Postkoloniale Strukturen sind daher auch in diesem Beispiel vorhanden, die sogar vom staatlichen Diskurs gefördert werden.

Die Organisation *Amazigh Cultural Movement* (ACM) gilt als Dachorganisation von insgesamt etwa 800 Amazigh-Vereinen in Marokko. Die Inklusion der Tamazight-Sprache in den Unterricht ist neben Landrechten eines der wichtigsten Ziele des ACM.

Indigene Sprachen in Bolivien

„Sie reden mit Indigenen über Demokratie und Menschenrechte. Können Demokratie und Menschenrechte existieren, während unsere Indigenen von der Tyrannei des Kapitals erdrückt leben?“

Evo Morales bei der Eröffnungszereemonie des UN Jahres für indigene Sprachen, New York am 01.02.2019.

Bolivien ist das lateinamerikanische Land mit dem größten indigenen Bevölkerungsanteil, der zuletzt 62,2 Prozent der Bevölkerung ausmachte.⁶⁵ Alle 36 indigenen Sprachen und Gruppen sind offiziell anerkannt. Bolivien ist somit ein plurinationaler Staat mit Evo Morales als erstem indigenen Präsidenten. Sein offizieller Diskurs für die Gleichstellung indigener Rechte brachte ihm große Popularität ein. International gilt er als prominenter Vertreter indigener Rechte, war maßgeblich an der Planung und Umsetzung des indigenen Sprachenjahres der UN beteiligt und sprach bei der Eröffnungsfeier in New York am 01.02.2019.

Blickt man jedoch auf Bolivien, sieht man ein politisch tief gespaltenes Land. Nach

⁶² LINDSEY, U. (2015). *The Berber Language: Officially Recognized, Unofficially Marginalized?* Online unter: <https://www.al-fanarmedia.org/2015/07/the-berber-language-officially-recognized-unofficially-marginalized/> [Zugriff am 10.06.2019]

⁶³ CHTATOU, M. (2019). *The Amazigh Cultural Renaissance*. Online unter: <https://www.washington-institute.org/fikraforum/view/the-amazigh-cultural-renaissance> [Zugriff am 12.06.2019]

⁶⁴ GREENE, M. (2017). *The long road to recognition*. Online unter: <https://en.qantara.de/content/moroccos-amazigh-the-long-road-to-recognition> (Zugriff am 12.Juni 2019)

⁶⁵ TELESUR (Hrsg.) (2019): *Evo Morales: „Indigenous Languages are Part of our Identities“*. Online unter: <https://www.telesurenglish.net/news/Evo-Morales-Indigenous-Languages-Are-Part-of-Our-Identities-20190201-0016.html> (Zugriff am 17.Juni 2019)

indigenen Rechten, die tatsächlich umgesetzt werden und die Lebenssituation der indigenen Bevölkerung verbessern, sucht man vergebens. Zwar hat Evo Morales dafür gesorgt, dass die Verfassung von 2009 alle 36 indigenen Sprachen offiziell anerkennt und Beamte dazu anhält, die in ihrer Region verbreitete Sprache auch zu sprechen. Außerdem reformierte er 2013 das Bildungssystem, das von nun an neben Englisch und Spanisch auch die in einer Region jeweils am stärksten verbreitete indigene Sprache lehrt. Doch in der Umsetzung scheint auch dem indigenen Morales der politische Wille zu fehlen und andere Dinge von größerer Priorität zu sein. Er

selbst spricht entgegen seiner eigenen Anordnung nur wenig Aymara und benutzt bei öffentlichen Ansprachen im eigenen Land fast ausschließlich Spanisch. Auch die Bildungsreform wird bis heute kaum umgesetzt. Lehrkräfte, die Spanisch sowie eine indigene Sprache lehren können, gibt es zu wenige und besonders in ländlichen Regionen sind Schulen materiell schlecht ausgestattet. Spanisch bleibt die dominante Sprache im Alltag, die unumgänglich ist für ein späteres Studium und gute Arbeitsplätze. Die ambitionierte Politik und gesellschaftliche Realität liegen weit auseinander.⁶⁶⁶⁷

3. Sprachenrechte selbst in demokratischen Gesellschaften nicht gewährleistet

Demokratische Staaten bestehen allgemein aus offenen Gesellschaften, die ihre Vergangenheit aufarbeiten und Minderheiten sowie Indigenen gegenüber das Unrecht eingestehen, das ihnen während und nach der Kolonialzeit angetan wurde. Einige demokratische Staaten gelten dabei als Vorzeigebispiele für die Umsetzung indigener Rechte. In diesen Ländern sind Sprachenrechte in der nationalen Gesetzgebung verankert und Indigene haben ein Mitspracherecht in jeglichen Entscheidungen, die sie betreffen. Dies ist durch eigene Parlamente, wie das Sametinget der samischen Völker in den skandinavischen Ländern, gewährleistet. Staaten erkennen dabei ihre Verantwortung gegenüber der Revitalisierung indigener Sprachen an und akzeptieren ihre Verantwortung, postko-

loniale Wiedergutmachung zu leisten. Allerdings haben auch demokratische Regierungen wirtschaftliche Interessen, sodass u.a. Sprachenrechte selten priorisiert und Bildungsprogramme nur mangelhaft finanziert werden. Tief verankerter Rassismus ist auch hier hochaktuell und Teil des Alltags von Indigenen. Selbst in offenen demokratischen Systemen, die Sprachenrechte anerkennen und sich für deren Umsetzung einsetzen, werden indigene Sprecher im öffentlichen Leben diskriminiert. Der ausschlaggebende politische Wille ist für eine vollständige Implementierung von Sprachenrechten und ein Vorgehen gegen Diskriminierung nicht ausreichend vorhanden.

Kanada implementiert fortschrittliche und dennoch unzureichende Gesetze

⁶⁶ VIERECKE, L. U. C. PETERS (2015): *Primary Schools-Bilingual Education*. Online unter: <https://www.dandc.eu/en/article/why-many-bolivian-primary-schools-use-two-languages-classroom> [Zugriff am 10.06.2019]

⁶⁷ HAGOPJAN, A. (2019): *Indigenous Languages vs Extinction*. In: Bolivian Express Magazine. Online unter: <http://www.bolivianexpress.org/blog/posts/indigenous-languages-vs-extinction> [Zugriff am 06.06.2019]

In Kanada sprachen 213.500 Menschen laut dem Zensus von 2011 eine indigene Sprache als Muttersprache. Kanada gilt als Positivbeispiel für bilinguale Bildung. Bereits die Tatsache, dass Französisch und Englisch gleichberechtigt genutzt werden und Bilingualität damit Normalität ist, wird als Indiz für eine gute Sprachenpolitik angesehen. Jedoch wurden indigene Sprachen erst im *Cultural Enrichment Program* von 1977 anerkannt und in den Schulunterricht integriert.

Seitdem starteten zahlreiche Programme, die teilweise durch den Staat gefördert werden. In zwei Territorien Kanadas haben inzwischen insgesamt neun indigene Sprachen offiziellen Status.⁶⁸ 2019 wurde der *Indigenous Language Act* von der Regierung Trudeau verabschiedet. Er soll indigene Sprachen fördern, schützen und revitalisieren. Indigene Organisationen halten das Gesetz für rein „symbolisch“, da es koloniale Strukturen fortführt. Nichts Neues wäre in dem Language Act enthalten, auch keine explizite Verpflichtung der Regierung, Sprachen zu erhalten.⁶⁹

Schon 1972 forderte die *National Indian Brotherhood*, die damalige Vertretung der anerkannten kanadischen First Nations, ein autonomes von ihnen verwaltetes Bildungssystem. Schlussendlich führte dies

zum kanadischen *Multiculturalism Act* von 1987, der die Bewahrung und Weitergabe von kulturellem Erbe fördert und einige indigene Sprachen offiziell anerkennt. Eine Entschuldigung für die ehemalige Assimilationspolitik von indigenen Kindern im Internatssystem erfolgte 1998 und 2008.

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau beschreibt die laufenden Prozesse dagegen als Dekolonisationsprozess der Regierungsstrukturen.⁷⁰ Generell erkennt Kanada an, dass die Regierung für die aktuelle prekäre Lage indigener Sprachen verantwortlich ist und verpflichtet sich, Revitalisierungsmaßnahmen zu schaffen und zu finanzieren.

Im Großteil indigener Territorien werden indigene Sprachen unterrichtet und staatlich finanziert. Aktuell gibt es Schulen, in denen indigene Sprachen bi- und multilingual unterrichtet werden sowie einige Universitäten, an denen indigene Sprachen studiert werden.⁷¹ Kanada fördert die Ausbildung indigener Lehrkörper und Programme. Es fehlt jedoch auch hier häufig an Ressourcen, um dies angemessen umzusetzen.⁷²

Bill C-262, der nationale Umsetzungsplan der UNDRIP, wird momentan (Sommer 2019) im Senat verhandelt. Der Geset-

⁶⁸ BURNABY, B. (2008): *Language Policy and Education in Canada*. In: Hornberger, N. (Hrsg.): *Encyclopedia of language and education*. New York: Springer. S. 331–341

⁶⁹ CBC (2019): *Language advocates have funding questions about Ottawa's new Indigenous Languages Act*. Online unter: <https://www.cbc.ca/news/indigenous/indigenous-languages-act-funding-questions-1.5006923> [Zugriff am 14.06.2019]

⁷⁰ WESSENDORF, K. (2018): *Part I Region and Country Reports. North America*. In: JACQUELIN-ANDERSEN, P. (Hrsg.): *The Indigenous World 2018* Kopenhagen: IWGIA. S.59-67

⁷¹ TRUJILLO, O. V. (2017): *Indigenous peoples and education in the Northern American region*. In: UN-DESA: *State of the Worlds Indigenous Peoples: Education*. Online unter: https://www.un.org/esa/socdev/unpfii/documents/SOWIP/en/SOWIP_web.pdf [Zugriff am 22.07.2019]

⁷² UNIVERSITY OF MANITOBA (2019): *Helping Canadian schools support Indigenous language learning*. Online unter: <https://news.umanitoba.ca/helping-canadian-schools-support-indigenous-language-learning/> [Zugriff am 12.06.2019]

zesentwurf ist in Kooperation mit indigenen Akteuren entstanden und beinhaltet neben dem Recht auf Sprache auch die Aufforderung an den Staat, an der Umsetzung dieses Rechts aktiv mitzuwirken.⁷³ Trotzdem bleibt Englisch die dominante Sprache in öffentlichen Einrichtungen. Reine Übersetzungen, die oft verfälschend sind und die Kommunikation außerdem erschweren, reichen dabei nicht aus. Flüssige Englischkenntnisse sind Voraussetzung für Arbeitsplätze und es gibt wenig Anreize, indigene Sprachen zu erlernen. Außerhalb von Schulen und dem eigenen Zuhause gibt es keine praktische Anwendung der indigenen Sprachen. Darum fehlt langfristig die Motivation, eine indigene Sprache zu erlernen.⁷⁴

Kanada hat den Schutz und Erhalt indigener Sprachen zwar weitgehend in der Gesetzgebung und in Programmen verankert, jedoch bleiben trotz der quantitativen Fülle der Maßnahmen unter der Regierung von Trudeau grundlegende Kritikpunkte bestehen. Kritisiert wird dabei vor allem, dass die Finanzierung nicht klar genug aufgeschlüsselt sei und dass indigene Sprachen keinen offiziellen Status bekämen.

Australiens positive Tendenzen der letzten Jahre

Vor der Ankunft der Europäer 1770 gab es in Australien ca. 250 Sprachen. 2002 wurden davon nur noch rund 20 Sprachen an

die Generation der Kinder weitergegeben. Wie in Kanada, Neuseeland und den USA wurden indigene Kinder in Australien ehemals von ihren Familien und Gemeinschaften getrennt und in Internaten erzogen. 2009 hat Australien die UNDRIP angenommen,⁷⁵ doch die ILO-Konvention 169 wurde bis heute nicht ratifiziert.⁷⁶ Indigene Sprachen haben keinen offiziellen Status. Dies erschwert oft den Zugang zu administrativen Angelegenheiten und öffentlichen Institutionen, da Informationen nur auf Englisch vorliegen.

Australien erkannte die Bedeutung indigener Sprachen und indigenen Wissens bereits früh an und förderte ab 1974 bilinguale Schulen. Umso enttäuschender ist der Wandel der Einstellung gegenüber diesen Sprachen: Seit 1982 legen neue Sprachprogramme den Fokus wieder verstärkt auf den englischen Sprachgebrauch und das Erlernen des Standard-Englischs. Heute werden diese Two-way Programme als gleichberechtigt (Englisch und indigene Bildung) proklamiert, faktisch geschieht aber weiterhin eine Verlagerung auf das Englische. Argumentiert wird, dass der Fokus darauf liegen sollte, in der Mehrheitsgesellschaft zu bestehen. Seit 2008 werden bilinguale Programme z.B. im *Northern Territory* ganz aufgegeben, ohne vorherige Konsultation der Indigenen.⁷⁷ Diese Entscheidung steht beispielhaft für eine Politik, die auf diskriminierenden An-

⁷³ PARLIAMENT OF CANADA, HOUSE OF COMMONS (2018): *Bill C-262*. Online unter: <https://www.parl.ca/DocumentViewer/en/42-1/bill/C-262/third-reading> [Zugriff am 06.06.2019]

⁷⁴ FONTAINE, L. ET AL. (2017): *What Canada's New Indigenous Languages Law Needs to Say and Say Urgently*.

⁷⁵ RECONCILIATION AUSTRALIA (2017): *Reconciliation Australia. The United Nations Declaration on the*

Rights of Indigenous Peoples (UNDRIP). Online unter: <https://www.reconciliation.org.au/wp-content/uploads/2017/11/Reconciliation-Australia-United-Nations-Declaration-on-the-Rights-of-Indigenous-Peoples-UNDRIP.pdf> [Zugriff am 13.06.2019]

⁷⁶ INFOE (2019): *ILO 169 Rechte für indigene Völker*. Online unter: <https://www.ilo169.de/was-ist-die-ilo/was-ist-die-ilo-konvention-169/> [Zugriff am 13.06.2019]

⁷⁷ Ebd.

nahmen gründet: Indigene Gemeinschaften würden per se nicht funktionieren. Westliche Bildungsmodelle der australischen Mehrheitsgesellschaft seien das Beste für Indigene. Hier wird deutlich, dass von australischen Behörden das Problem der Diskriminierung zwar erkannt, allerdings Assimilation statt Bewahrung der Sprache als Lösung gesehen wird.⁷⁸

Der Bundesstaat New South Wales beendete ebenfalls seine bilingualen Programme. Nach heftiger Kritik wurde ein Kurswechsel eingeleitet, der 2017 zum *Aboriginal Languages Act* führte, mit dem die Bedeutung von indigenen Sprachen wieder anerkannt wurde. Das Gesetz beinhaltet Richtlinien zur Finanzierung lokaler Sprachprojekte und Programme zur Revitalisierung von Sprachen. Teilweise gewinnen indigene Sprachen langsam wieder an Wertschätzung. Seit 2017 gibt es an 39 australischen Universitäten ein Programm, das bis 2020 laufen soll und indigene Studierende, vor allem aber auch die Beschäftigung nicht-Indigener mit indigenem Wissen, fördern soll. Dadurch sollen diese Probleme angegangen und die gesellschaftliche Meinung für indigene Themen sensibilisiert werden.⁷⁹

Finnland, Norwegen, Schweden – Skandinavien und die Sami

Die verschiedenen Sprachen der Sami werden in den unterschiedlichen Regionen von

momentan etwa 24.000 Menschen insgesamt gesprochen. Finnland, Schweden und Norwegen erkennen ihre Verantwortung gegenüber der Revitalisierung von Sprachen an. Sprachenrechte sind in der nationalen Gesetzgebung verankert und deren Implementierung wird in staatlich finanzierten Programmen umgesetzt. Die drei Länder haben unterschiedliche Bildungssysteme, aber ihnen gemein ist der flächendeckende Schulunterricht auf Sami in den Sami-Regionen. Außerhalb dieser Regionen gibt es aufgrund von Lehrermangel und fehlender Finanzierung jedoch keine angemessene Bildung auf Sami.⁸⁰ Kommunen in Schweden sind nur dann verpflichtet, muttersprachliche Bildung bereitzustellen, wenn auch Lehrer zur Verfügung stehen. Ist dies nicht der Fall, wird Sami-Unterricht nicht etabliert. Eine Besonderheit stellt die rechtliche Vertretung der Sami, das Sametinget, dar. Dieses Sami-Parlament ist zwar vor allem eine konsultative Institution, verfügt aber im Bildungsbereich über autonome Entscheidungsbefugnisse. Trotz der durchschnittlich gut implementierten Sprachgesetze existiert auch in den skandinavischen Ländern ein tiefverankerter Alltagsrassismus.⁸¹ Viele Sami entscheiden sich deshalb für den Weg der Anpassung und gegen die Ausübung ihrer Sprachenrechte im Alltag, da sie ihre Andersartigkeit kennzeichnet und sichtbar macht.

⁷⁸ SIMPSON, J. ET AL. (2009): *Gaps in Australia's Indigenous Language Policy: Dismantling bilingual education in the Northern Territory*. In: AIATSIS Research Discussion Paper No.24, Canberra: ASIATSIS.

⁷⁹ NSW GOVERNMENT – ABORIGINAL AFFAIRS (2017): *NSW Aboriginal Languages Legislation*. Online unter: <https://www.aboriginalaffairs.nsw.gov.au/policy-reform/language-and-culture/nsw-aboriginal-languages-legislation> [Zugriff am 12.06.2019]

⁸⁰ SHCHUKINA, O. ET AL. (2018): *Norwegian policy on sami language learning and preservation*. In: Polish Journal of Educational Studies 2018 Vol.71 (1) (S.

185-194). Online unter: <https://www.degruyter.com/downloadpdf/j/poljes.2019.71.issue-1/poljes-2018-0015/poljes-2018-0015.pdf> [Zugriff am 06.06.2019]

⁸¹ DE VARENNES, F. (2012): *Language, Rights and Opportunities: The Role of Language in the Inclusion and Exclusion of Indigenous Peoples. Submission on the role of languages and culture in the protection and promotion of the rights and identity of indigenous peoples to the UN Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples*. Genf: United Nations EMRIP

Norwegen hat als Ratifizierungsstaat der ILO-Konvention 169 (1989) eine Sonderstellung. Bereits 1959 durften indigene Kinder auf Sami unterrichtet werden und 1969 wurde die Sprache offiziell anerkannt. Im Sami-Gesetz von 1987 wurde festgelegt, dass Gesetze und die Institutionen der öffentlichen Verwaltung, wenn sie die Sami betreffen, in ihrer Sprache vorliegen müssen. Angestellte müssen ebenfalls Sami lernen, wenn es für die administrativen Abteilungen wichtig ist.

Gleichzeitig ist kritisch zu sehen, dass Sami-Schulen nur in Sami-Regionen bestehen und dass es außerhalb dieser Gemeinschaften schwierig ist, die Sprache zu erlernen. Kinder, die nicht auf einer Sami-Schule sind, erhalten nur einige wenige Stunden Sami-Unterricht in der Woche. Kommunen sind nur verpflichtet muttersprachliche Bildung bereitzustellen, wenn dafür auch ausgebildete Lehrer zur Verfügung stehen. Da es jedoch an Lehrerausbildung an den Universitäten mangelt, ist es schwierig, den Sami-Unterricht in den Schulen zu etablieren. Das heißt, indigene Sprachen müssen nicht nur im Schulsystem eingebunden werden, sondern auch einen gleichwertigen Stellenwert zu anderen Fächern erhalten, um dem Alltagsrassismus entgegenzuwirken.

Neuseeland – auch dem Positivbeispiel der Maori fehlt Anerkennung

Etwa 630.000 Menschen in Neuseeland zählen sich zu den Maori. Dies entspricht

etwa 15 Prozent der Gesamtbevölkerung. Eine Volkszählung aus dem Jahr 2013 ergab, dass noch etwa 125.000 Menschen Maori sprechen, vor allem im Norden und Osten der Nordinsel.⁸² 300.000 Schüler würden die Sprache aktuell lernen. Auch in Regionen, in denen die Sprache bereits verschwunden war, wird Maori wieder erlernt.⁸³ Seit 1987, mit Verabschiedung des *Maori Language Act*, hat die Sprache der Maori, Te Reo Maori genannt, offiziellen Status und ist auch durch eigenständige indigene Medien sehr gegenwärtig im Alltag. Dies ist vor allem auf einen frühzeitigen, engagierten Aktivismus zurückzuführen, der oft als Vorbild und Beispiel herangezogen wird.

Schon ab 1982, d.h. vor der offiziellen Anerkennung von Te Reo Maori, gab es in Neuseeland selbstorganisierte „Sprachennester“ (te kohanga reo) und ab 1987 Immersionsschulen (kura kaupapa). Sprachenrechte wurden früh mit Landrechten in Verbindung gebracht. Die Regierung sicherte aktivistischen Programmen im Nachhinein ihre Unterstützung zu. Parallel initiierten Regierungsprogrammen fehlt es jedoch an ausreichenden Finanzierungsmöglichkeiten, sodass indigene Sprachen vor allem durch soziale Bewegungen erhalten werden.⁸⁴ An der Massey Universität ist Maori bereits seit 1987 als offizielle Sprache anerkannt. Seit 1997 gibt es dort Sprachenrichtlinien, die das Ablegen von Prüfungen und das Schreiben wissenschaftlicher Arbeiten auf Maori erlauben.⁸⁵

⁸² STOBER, A. (2018): *Planet Wissen. Die Sprache der Maori*. Online unter: <https://www.planet-wissen.de/kultur/voelker/maori/pwiediespracheder-maori100.html> [Zugriff am 13.06.2019]

⁸³ 100% PURE NEW ZEALAND (2017): *How New Zealanders are working to keep the Māori language alive*. Online unter: <https://media.newzealand.com/en/events/how-new-zealanders->

[are-working-to-keep-the-maori-l/](#) [Zugriff am 13.06.2019]

⁸⁴ AL-MAHROOQI, R. U. ASANTE, C. (2012). *Revitalizing the Maori language: A focus on educational reform*. In: Social Sciences & Humanities Vol.20 (4). Selangor: Pertinaka Journals. S.1035-1048

⁸⁵ MASSEY UNIVERSITY (2005): *MATUA REO KAUPAPA – MĀORI LANGUAGE POLICY*. Online unter:

Sprachkurse und Immersionskurse werden von mehreren Universitäten und weiterbildenden Schulen Neuseelands angeboten.

Trotz Immersionsprogrammen für Vorschulen, Schulen und die höhere Bildung sowie indigenen Radio- und Fernsehsendern, Finanzierungsplänen für Community-Projekte, Umfragen und Forschung, nahm die Anzahl der Maori-Sprecher bis 2008 ab. Die Forschungsgruppe Te Paepae Motuhake kritisierte daraufhin die mangelhafte Koordination von Sprachprogrammen der Regierung sowie erneut Lehrermangel und fehlende Konsultation Indigener.⁸⁶ Außerdem gäbe es zu wenig Materialien und Programme, um eine vollständige Revitalisierung zu erreichen. 2016

entstand daraufhin ein weiterer *Maori Language Act*, der eine Finanzierung von Projekten zur Revitalisierung in Höhe von 7,5 Millionen Neuseeländischen Dollar (etwa 4,5 Millionen Euro) vorsieht und die Etablierung einer tatsächlichen Partnerschaft zum Ziel hat.⁸⁷ Die Regierung plant außerdem, bis 2025 Maori-Unterricht in allen Schulen anzubieten. Doch auch hier ist die Selbstverständlichkeit der Nutzung indigener Sprachen noch nicht im Alltag angekommen. In der Öffentlichkeit, bei Dienstleistungen und Bürgerangelegenheiten wird die indigene Sprache immer noch nicht genug verwendet und auch Jobchancen hat nur derjenige, der flüssig Englisch sprechen kann. Das Muster wird auch in Neuseeland bestätigt und Sprachenrechte sind nie vollständig umgesetzt.

<http://www.massey.ac.nz/massey/fms/PolicyGuide/Documents/University%20Management/Maori%20Language%20Policy.pdf> Zugriff am 06.06.2019]

⁸⁶ AL-MAHROOQI, R. U. ASANTE, C. (2012). *Revitalizing the Maori language: A focus on educational reform*. In: Social Sciences & Humanities Vol.20 (4). Selangor: Pertinaka Journals. S.1035-1048

⁸⁷ RUCKSTUHL, K. (2017): *Public policy and indigenous language rights: Aotearoa New Zealand's Māori Language Act 2016*. In: Current Issues in Language Planning Vol.19 (3), S.316-329. Online unter: <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/14664208.2017.1391496?journalCode=rclp20> [Zugriff am 06.06.2019]

Teil III: Indigene Projekte zum Erhalt ihrer Sprache

Indigene Sprachen genießen häufig kein hohes Prestige, sondern werden im Gegenteil als Zeichen von Rückständigkeit abgewertet. Es fehlt dabei nicht unbedingt an staatlichen Programmen, indigene Sprachen in Bildungssystemen zu verankern. Doch meist stehen sie nur auf dem Papier, denn der politische Wille von Regierungen, in die Ausbildung von indigenen Lehrkräfte oder Lernprogrammen und Bildungsmitteln zu investieren, fehlt häufig. Auch werden die Indigenen selbst noch immer viel zu wenig in die Konzeption und Durchführung von Sprachunterricht und Sprachpflege eingebunden.

Gerade unter jungen Indigenen wächst zunehmend das Interesse an der eigenen Kultur und Sprache. Sprache ist Identität und die eigene Sprache wieder zu beherrschen, stärkt das Selbstwertgefühl. Eigene Medien, Rundfunk, TV, Internetanwendungen in indigenen Sprachen können ein Weg sein, das noch vorhandene Wissen zu sichern und zu verbreiten. Indigene Experten, Lehrende und Lernende, können schnell und über große Distanzen hinweg miteinander kommunizieren und sich über Sprachprogramme austauschen. Ohne das Internet wären die Projekte zum Erhalt indigener Sprachen, die im Folgenden vorgestellt werden, kaum machbar. Sie zeigen deutlich, wie lebendig indigene Sprachen sind, wenn ihre Sprecher eigene Programme, kreativ und an den Bedürfnissen ihrer jeweiligen indigenen Gemeinschaft orientiert, konzipieren. Sie stehen hier stellvertretend für viele andere. Ihnen ist gemeinsam, dass sie auf der Eigeninitiative und dem Erfindungsreichtum der indigenen Initiatoren aufbauen und zugleich

vollkommen unterfinanziert sind. Staatliche Finanzierung fehlt der Vielzahl indigener Sprachprojekte.

Fortbildung in „Fremdsprachendidaktik“ zur Revitalisierung der bedrohten indigenen Sprache der Mapuche Mapuzugun

Die Eltern und Großeltern der heute jungen Mapuche haben in ihrer Schullaufbahn noch Folter und traumatische Erlebnisse erlitten. Weil sie ihre Kinder vor solchen schlimmen Erfahrungen bewahren wollten, haben sie bewusst darauf verzichtet, das Sprachwissen weiterzugeben, Anpassung als Schutz. Mindestens eine Generation Mapuzugun-Muttersprachler ging so verloren. Mapuzugun wird mehr und mehr von Spanisch überlagert und droht zu verschwinden. Seit einigen Jahren identifizieren sich jedoch wieder mehr Mapuche mit den eigenen indigenen Wurzeln. Diese junge Generation lässt sich durch die immer noch anhaltende Diskriminierung nicht mehr abschrecken. Gleichzeitig sind viele Eltern damit einverstanden, dass Mapuzugun in der Schule unterrichtet wird, auch wenn sie es selbst nicht mehr sprechen.

Doch der politische Wille, entsprechende Lern- und Lehrprogramme für Schüler und Lehrer mit dem nötigen Geld und gut ausgebildeten, möglichst muttersprachlichen Lehrern auszustatten, fehlt. Das Programm „Interkulturelle bilinguale Bildung“ zum Beispiel existiert bereits seit 20 Jahren. Bis 2018 arbeiteten die Lehrer an den Schulen mit „traditionellen Erziehern“ zusammen, die meistens von der eigenen indigenen Gemeinde als weise Personen dafür ausgewählt wurden, die Traditionen kannten und die Sprache beherrschten. In diesen Teams sollten die professionellen

Lehrer den Ablauf des Unterrichts planen und die traditionellen Erzieher den Inhalt beisteuern. Die Arbeitsbedingungen der traditionellen Erzieher sind jedoch prekär. Viele unterrichten mit großem Engagement, aber ohne angemessenen finanziellen Ausgleich. 2019 lief das Programm aus, denn es wurden keine traditionellen Erzieher für den Schuldienst mehr eingestellt.

Hier setzt die Arbeit von Alina Namunkura Rodenkirchen an. Die junge Mapuche wuchs in Deutschland auf und lebt seit 2015 wieder in Chile. Sie ist Mitglied der Gruppe Kimeltuwe, die didaktisches Material für den Unterricht in Mapuzugun erarbeitet. Dieses kann gratis von der Webseite oder der Facebook-Seite der Gruppe heruntergeladen werden. Auch eine Grammatik gibt es schon, jedoch fehlt derzeit das Geld für deren Druck.

Alina Namunkura Rodenkirchen ist studierte Fremd- und Zweitsprachenlehrerin. Ihre methodisch-didaktischen Kenntnisse will sie im Rahmen eines Ausbildungsprogrammes, das sie gerade entwickelt, an die „traditionellen Erzieher“ weitergeben und sie in Fremdsprachendidaktik ausbilden, damit sie anschließend in Bildungseinrichtungen tätig werden können. Die Fortbildung soll die Absolventen darin befähigen, interaktive Lernumgebungen und -methoden für ihre künftigen Schüler zu schaffen und geeignete Unterrichtsmaterialien für den Unterricht in Mapuzugun zu entwerfen. Eine gute fremdsprachendidaktische Ausbildung soll die Stellung der traditionellen Erzieher im Bildungssystem Chiles stärken und damit die Chancen für den Erhalt der bedrohten Sprache erhöhen. Pro Kurs sollen 20 bis 25 möglichst muttersprachliche Lehrer in Wochenendseminaren ausgebildet werden. Für die Erarbeitung der Kurs-Materialien, die Durchfüh-

rung der Seminare, Raummiete, technische Ausstattung, Referentenhonorare, etc. gibt es einen detaillierten Finanzierungsplan, bislang jedoch keine Finanzierung.

Indigene Sprachen und das Internet – *Global Voices, Rising Voices und Activismo Lenguas*

In Lateinamerika hat sich eine junge Bewegung indigener Gemeinschaften entwickelt, die digitale Technologien benutzen, um sich in ihren Muttersprachen auszudrücken. Es fehlt ihnen noch an Vernetzung auf lokaler, nationaler und regionaler Ebene. Sie brauchen virtuelle aber auch reale Treffen, um sich gegenseitig weiterzubilden und Erfahrungen auszutauschen. Die sozialen Medien und das Internet sind für viele bedrohte Sprachen ein wichtiger Schlüssel für die eigene Zukunft. Manche schon fast ausgestorbene Sprache lässt sich so wenigstens als Tonprobe sichern. Lehr- und Lernpläne können rasch zwischen weit voneinander entfernt liegenden Gemeinschaften ausgetauscht werden. Muttersprachler einer bedrohten indigenen Sprache können ihr Wissen sichern und mit anderen teilen, die eine solche Sprache revitalisieren wollen.

Die Stiftung *Global Voices* ist eine internationale und multilinguale Gemeinschaft von Bloggern, Journalisten, Übersetzern, Akademikern und Menschenrechtsaktivisten. Ihr Projekt *Rising Voices* bietet Training und Mentoring für Gemeinschaften an, die ihre eigenen Geschichten in den eigenen Sprachen mithilfe von Social Media-Tools erzählen wollen. Mehr als 1.200 Autoren, Analysten, Experten für Internet-Kommunikation und Übersetzer in mehr als 30 Sprachen schaffen einen Ort zur Unterstützung der indigenen und vom Ver-

schwinden bedrohten Sprachen. Als zweites Projekt unter dem Dach von Global Voices fördert *Activismo Lenguas*, ein digitales Netzwerk für indigene Sprachen in Lateinamerika, gezielt die indigenen Sprachen, indem es lokalen Sprachenaktivisten zu mehr Öffentlichkeit verhilft, Seminare organisiert und Netzwerkarbeit betreibt.

Activismo Lenguas hat bereits mehrfach Treffen digitaler Sprachaktivisten organisiert. Das aktuelle Projekt: Für November 2019 planen Jorge López und Eduardo Avila von Activismo Lenguas und das Kollektiv *Kaqchikel Winäq* ein großes zweitägiges Festival der indigenen Sprachen in Antigua, Guatemala. Digitale Aktivisten für indigene Sprachen, Organisationen, Wissenschaftler, Programmierer und verantwortliche Politiker aus Lateinamerika und darüber hinaus sollen dort zusammenkommen und sich der „Revitalisierung und Technologie der indigenen Sprachen“ widmen.

Nicht virtuell, sondern ganz real sollen sich die Teilnehmer des Festivals in Antigua zusammenfinden. Die Kosten für deren Teilnahme wie etwa An- und Abreise, Unterbringung und Verpflegung muss durch Sponsoren aufgebracht werden. Jorge López und Eduardo Avila werben daher für Patenschaften für diejenigen, die ihre Teilnahme nicht aus eigener Kraft finanzieren können.

Der indigene in Guatemala ansässige Projektpartner Kollektiv *Kaqchikel Winäq* will vor allem das *Kaqchikel* bewahren, eine der vier Hauptsprachen der Maya in Guatemala, die dort von mehr als einer halben Million Sprechern in 54 Gemeinden gesprochen wird. Ebenfalls unterstützt wird das Festival von der Universidad Maya *Kaqchikel*, die seit 2014 an drei akademischen Standorten in Guatemala aktiv ist.

Ausgehend von der Vision und der Kultur der *Kaqchikel*-Maya bildet sie Studierende darin aus, durch Lerngemeinschaften ein neues Modell für das Gute Leben zu erschaffen. Zum Internationalen Jahr der Indigenen Sprachen hat Rising Voices zudem eine Kampagne gestartet, bei der Sprachaktivisten aus allen Ländern Lateinamerikas je eine Woche lang den Twitter-Account von Rising Voices bespielen.

Cape York in Queensland/Australien: Das Pama Language Center

In Australien gibt es eine wachsende Nachfrage für die Einbeziehung von First-Nations-Sprachen in Schulcurricula und für Universitätskurse in First-Nations-Sprachen. Dem steht ein extremer Mangel an Unterrichtsmaterialien und einer Förderung für Sprachforschung und Ausbildung muttersprachlicher Lehrer gegenüber. Die Sprachenvielfalt ist enorm.

Bis in die späten 70er Jahre hinein wurde es als Straftat behandelt, indigene Sprachen zu sprechen. Bis heute wurden in Queensland keine indigenen Sprachenrechte anerkannt. In Cape York in Queensland fördert das *Pama Language Center* (PLC) seit 2015 ein Sprachprogramm für die indigene Sprache *Guugu Yimidhirr*. Das Programm ist nur noch begrenzt arbeitsfähig, denn es fehlt eine Nachfolgeregelung für die derzeitige indigene Lehrerin Lillian Bowen, die in wenigen Jahren pensioniert wird. Sie ist eine der wenigen Indigenen in dieser Region, die ihre Muttersprache noch beherrscht und auch qualifiziert ist, sie zu unterrichten.

Das PLC arbeitet als virtuelles Zentrum für die Sicherung und Aufbereitung von First Nations-Sprachen. Sprachdokumentation durch professionelle Linguisten und Sprachrevitalisierung stehen dabei im Mittelpunkt. Dazu gehört die Erstellung von

Lehrmaterial für Grundschulen, E-Books, Kompositions- und Zeichen-Workshops in den Aboriginal Communities und auch ein Online-Kurs. Das PLC arbeitet derzeit mit etwa 16 Aboriginal-Communities für die Revitalisierung ihrer Sprachen zusammen, beschäftigt sechs Linguisten, einen Musikfachmann, einen Chorleiter und einen Trickfilmzeichner, welche die Animationen für die Apps des Projekts *Pamamooves* erstellen. Diese Apps sollen wie eine virtuelle Bibliothek mit animierten Grundbausteinen Lehrende befähigen, interaktive Lernmaterialien selbst zu erstellen und den Spracherwerb dadurch zu erleichtern.

PLC arbeitet bisher mit der indigenen Sprache Guugu Yimidhirr. Ihre Sprecher leben in Cook Town nördlich von Cairns. Die Elterngeneration spricht die Sprache nicht fließend, aber viele sind stolz, wenn ihre Kinder die Sprache in der Schule lernen. Fernziel ist, dass alle Indigene in Cape York ihre Sprache als erste Sprache fließend beherrschen. 159 einzelne Sprachvarietäten gibt es allein auf Cape York. PLC stellt eine interaktive Sprachenkarte der Cape York-Halbinsel auf seiner Webseite zur Verfügung.

Das Projekt Pamamooves bietet verschiedene Vorlagen für Unterrichtsstunden, Klassen-Quizen, Kleinkind-Filme für die Sprachermächtigung, animierte Wörterbuch-Einträge u.v.m. Noch im Projektstadium befindet sich eine intuitive Drag-and-

Drop-Anwendung, die Sprachmultiplikatoren und Lehrer befähigen soll, ihre eigenen animierten Materialien mithilfe von Pamamooves-Bausteinen zu erstellen. Aus eigener Kraft kann das PLC dieses Projekt nicht realisieren. Gebraucht werden ein Informatiker für die Programmierung und finanzielle Förderung. PLC wünscht sich Druck auf die Regierung Australiens, damit diese die indigenen Sprachen nicht länger ignoriert und Initiativen zum Erhalt der Sprachen ausreichend fördert, auch finanziell. Die derzeitige Förderung läuft Ende 2019 aus.

Das PLC hofft auf ein Budget für die nachfolgenden zwei Jahre, um den Guugu Yimidhirr-Kurs der indigenen Sprachexpertin Lillian Bowens sowie ein komplettes Set an Pamamooves-Vorlagen fertigzustellen und in ein umfassendes Curriculum der indigenen Sprache für die Hopevale School zu integrieren, in der das PLC seit 2015 das Guugu Yimidhirr-Sprachprojekt fördert. Schon jetzt sind die positiven Auswirkungen des Projekts spürbar. Es gibt ein eigenes Schullied in Guugu Yimidhirr, das von der ganzen Schule auf Versammlungen und Präsentationsabenden gesungen wird. Alle Lehrer, auch die nicht-indigenen, begrüßen ihre Klassen auf Guugu Yimidhirr. Die Beschilderung für alle Klassenräume wurde auf Guugu Yimidhirr umgestellt. Die Kinder sind stolz auf ihre Lernerfolge in der Sprache und ihre Eltern auch.

Fazit

Beispiele aus dem Alltag zeigen, dass indigene Sprachen aktive Maßnahmen zum Schutz und zur Revitalisierung brauchen, um nicht dem kulturellen Erbe der Menschheit verloren zu gehen. Das Engagement indigener Sprecher allein reicht nicht aus, es braucht finanzielle Unterstützung, damit kreative Programme umgesetzt werden können. Staaten müssen sich des Problems annehmen, um Sprachen wirksam zu revitalisieren und gesellschaftlich aufzuwerten. Indigene Organisationen mit ihren bilingualen Schulprogrammen müssen Hand in Hand mit Wissenschaft und Regierung zusammenarbeiten – nur so können akut bedrohte Sprachen langfristig geschützt werden.

Nicht zuletzt durch die internationale Aufmerksamkeit, die Indigene sich bei der UNO erkämpft haben, wurden indigene Rechte im Völkerrecht sowie in nationalen Gesetzen verankert. Leider sind viele internationale Vereinbarungen nicht bindend und Sanktionsmechanismen fehlen. Obwohl in den letzten 70 Jahren die Rechte indigener Völker international vielfältig verschriftlicht wurden, mangelt es vielerorts an der nationalen Umsetzung. Schuld daran dürften nicht nur mangelnder politischer Wille, Geld oder die Vorurteile gegenüber indigener Sprachbildung in der Öffentlichkeit sein, sondern auch die laschen oder sogar fehlenden Kontrollmechanismen der internationalen Verträge und Konventionen. Denn viele Erklärungen basieren nur auf Freiwilligkeit, sowohl bei der Umsetzung, als auch bei der Berichterstattung. Ohne die ausdrückliche Eigeninitiative der indigenen Interessenvertretungen würde es nicht einmal diese Erklärungen geben.

Indigene Organisationen betonen, dass Sprache nur einen Teil ihrer Marginalisierung ausmacht. Oftmals sind sie mit existenziellen Bedrohungen, u.a. mit Landrechtskonflikten, konfrontiert. Gestehen ihre Regierungen ihnen auf der einen Seite Bildungsrechte zu, stellen sie andererseits wirtschaftliche Interessen, bspw. Bergbau oder Agrarindustrie, über indigene Rechte. Um den Erhalt von indigenen Sprachen zu gewährleisten, sind Staaten aufgefordert, Gleichberechtigung und indigene Kollektivrechte auf allen Ebenen anzuerkennen.

Selbst in demokratischen Staaten, die die Rechte Indigener anerkennen und verantworten haben, sind Sprachen vom Verschwinden bedroht. Obwohl die Bedeutung indigener Sprachen, Identität und indigenen Wissens anerkannt wird, lässt sich eine Lücke zwischen guten Absichten und Alltagsrealität finden. Alltagsrassismus aufgrund von Sprache ist ein anhaltendes Problem. Der verpflichtende Schulunterricht in indigener Sprache für alle Schüler könnte dazu beitragen, Vorurteile abzubauen und gegenseitigen Respekt zu stärken. Indigene Sprachen müssen auch im öffentlichen Leben sichtbar werden, damit sie langfristig in die Alltagsrealität einer Gesellschaft einfließen.

Solange Sprachen nicht außerhalb von Familien und Grundschulen benutzt und nicht in öffentlichen Angelegenheiten anerkannt werden, bleibt die Mehrheitssprache stets Zugangsvoraussetzung zu Jobs und Bildungsinstitutionen, z.B. Universitäten. Dieser Fokus auf westliche Werte muss sich öffnen hin zu einem Verständnis von multikulturellen und plurinationalen Gesellschaften, in denen mehrere Wirtschafts- und Wissenssystemen koexistieren können, damit auch die Vielzahl von Sprachen ihren Platz behält.